

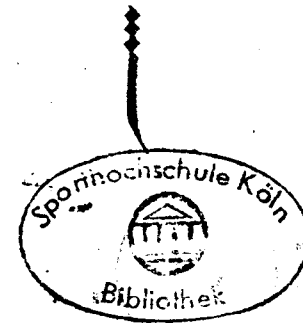
Kart

# „Um Kassel herum“

Eine Entgegnung  
auf das „bergehohe“ Material des  
Vorstandes des Arbeiter-Turn- und Sportbundes  
zum Fall Bund-Lieske zusammengestellt  
für die Opposition

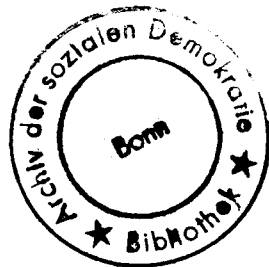
von

Bruno Lieske, Berlin



## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Fall Pieper, Neukölln	3
U.S.B. 24	3
Resolution zur Frage U.S.B.	3
R.-P.-Fraktion, Kassel	4
Ein S.P.-Urteil über die R.P. in Kassel.	5
Denunziationen des Kreisfestes Spandau	5
Verdächtigungen gegen den 1. Kreis	6
1. Kreis- und Spartenfrage	6
Und wieder Ruffenmannschaft	7
Spiele mit bürgerlichen Mannschaften	9
Politische Notwendigkeiten	9
Material aus „höherer“ Quelle	10
Die Hochschul„Studenten“	10
Führer „Antibolschewismus“	10
„Liebe“ zu Rußland	11
Fall Gertan und Diems Handbuch	12
Luzerns Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertum	12
Reichsbannerfrage:	13
Schwarz-rot-weißne Faschisten	14
Reichsbanner bettelt Unterachmer an	15
1907 und 1925	17
Schlafen in französischen Kellern	18
Der gekündigte Redakteur	18
Roter Sportring in Nürnberg	18
Sport in Industriezonen	18
Luzern und Firmensport	19
Einiges zur Bundespresse	19
Wahlkommission und Viertes Festjahr 1919 in Leipzig	19
Zum Werkblattinhalt	20
Denunzianten	21
Das gestohlene Bild	22
Der scharfe Ton Viestes	22
Ausschlußleuchte	23
Vieste will die Politisierklärung des Bundes	25
Jugend„Fürsorge“	26
Die „vernünftigen“ Kommunisten	27
Die Zentralkommission Ausschlußbefehle	28
Zur Frage der R.S.Z.	28
Verletzung des Briefgeheimnisses	28
Dreize Behauptungen	29
Die R.S.Z. eine kommunistische Internationale	29
Norwegens Teilnahme am Luzerner Kongreß 1922	29
Der „junge Mann“ Viestes	29
Ein Brief, der „Solidarität“ nicht erreichte	30
Arbeitsgemeinschaft U.S.Z.—R.S.Z.	30
Warum bekämpft ihr uns	30
Die nächste internationale Spartatiade	31
Resümee	31



A 81-128

64 11092

An den Kreistag des 1. Kreises am 24. und 25. Januar 1925.

### Genossinnen und Genossen!

Wenn heute die Vertreter der Vereine des 1. Kreises über den zur Tagesordnung stehenden Punkt: Bund—Fichte—Vieste ein Urteil fällen wollen, so ist darauf hinzuweisen, daß diese Fragestellung zu eng gefaßt ist. Das Vorgehen des Bundesvorstandes ist eine Maßnahme gegen den ganzen Kreis und wie im Schlußabsatz des Bundesvorstandsbeschlusses vom 21. Dezember 1924:

„Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes dürfen nicht zugleich tätige Mitglieder der R.S.V. sein“, haarscharf bewiesen wird, gegen alle Bundesangehörigen gerichtet, die sich an die Seite der bisherigen Mehrheitsauffassung des 1. Kreises stellen. Die Fragestellung des alten Kreisvorstandes „Am Kassel herum“ ist demnach richtiger und verhindert zudem ein Ausweichen vor den wichtigsten s a c h l i c h e n Dingen des Falles Bund—Fichte—Vieste. Außerdem gibt aber auch der Inhalt der vom Bundesvorstand herausgegebenen Materialbrochure für die Diskussion den Reionanzboden, der aber ganz und gar nicht mit dem „Fall Vieste“ halt macht.

### Fall Piper, Neukölln.

Wir sehen da zu unserem Erstaunen zwei Streiffälle mit angezogen, die der Kreisvorstand zu erledigen hatte. Der Fall Piper, Neukölln, bei dem die ausgeschlossene einem Rinderturmwart indirekt nachgeredet hatte, er habe sich an Kindern seiner Abteilung vergangen, rangiert beim Bundesvorstand auf der gleichen moralischen Stufe wie der Fall Vieste. Ueber den Unterschied zwischen einem „Sexualverbrechen“ und dem „Kampf gegen den Reformismus“ Viestes mit dem Bundesvorstande zu streiten, wollen wir uns schon wegen der zwischen den einzelnen Bundesvorstandsmitgliedern festzustellenden (politischen) sexuellen Zwischenstufen — um beim Bilde zu bleiben — versagen. Aber auch organisatorisch ist er ganz anders gelagert. Vieste ist nirgends hinzugezogen, sondern in seiner Abwesenheit „abgeurteilt“ worden. Der Fall Piper ist aber vom Bezirksvorstand in Gegenwart beider Parteien verhandelt und außerdem der Angeklagten der Weg mitgeteilt worden, den sie zur Wahrung ihrer Rechte zu gehen hat.

### U.S.B. 24.

Auch der Fall U.S.B. 24 ist deplaciert angewendet, denn nirgends ist beschlossen worden, ohne die R.S.V. Die Stellung des Kreisvorstandes war organisatorisch erledigt in dem Augenblick, als der Bundesvertreter Koppisch einen anderen Standpunkt einnahm. Unsere Entschliessung vom 21. September 1924 besagt darüber folgendes:

### Resolution zur Frage U.S.B. 24.

„Auf Vorschlag des Vorsitzenden Vieste nimmt der Kreisvorstand ohne weitere Debatte folgende Erledigungsentschliessung in Frage U.S.B. 24 zur Kenntnis und erhebt sich kein Widerspruch:

Nachdem der Vertreter des Bundes, Bundesgen. Koppisch, anlässlich des Fußballfreistages am 13. September 1924 erklärt hat, daß der Bund U.S.B. 24 nach Zurückziehung des Protokolls von „Fichte“ aufnehmen wird, ist durch den Bund ein Präzedenzfall in der Durchführung



des Antrages 6 des Bundestages in Kassel geschaffen worden. Der Kreisvorstand wollte den Bund vor solchem Falle bewahren und muß nunmehr jede Verantwortung von sich weisen für Vorkommnisse gleicher Art, die durch die Bundeshaltung geradezu herausgefordert werden. Der Kreisvorstand des 1. Kreises betont daher, daß das Prinzip von ihm nach wie vor verfolgt wird: Vereinsneugründungen durch Bundesmitglieder an Orten, wo gleiche Arbeitervereine bereits bestehen, widersprechen dem Prinzip der Zentralisationsbestrebungen der Arbeiterkraft im allgemeinen und des Arbeitersports im besonderen. Der Kreisvorstand wollte durch eine Zielsetzung von drei Monaten, in welcher Zeit der Anschluß von U.S.B. 24 an einen anderen Bruderverein erfolgen sollte, Gelegenheit geben, zu beweisen, daß U.S.B. im Prinzip einig gehen. Durch die Ablehnung der Annahme dieses Antrages schon durch die Versammlungsleitung scheint das nicht der Fall zu sein. Der Kreisvorstand stellt darum fest, daß der Bund ungewollt Dezentralisationsbestrebungen unterstützt, da der Bundesvertreter sich nicht für das vom Kreisvorstand vertretene Zentralisationsprinzip einsetzte.

Lebendig um den Fall nicht dadurch anzuspielen, verzichtet der Kreisvorstand darauf, gegen eine solche Erledigung des Falles U.S.B. 24 zu protestieren.“

Der Kreisvorstand ging hier einig mit dem Bundesvorstand, der in Kassel in bezug auf ein eigenmächtiges Vorgehen des Spicelausschusses Höchst a. M. durch Gellert sagte: „In Zukunft werden wir in solchen Fällen eine offizielle Mahnung an den Bezirk richten, und wenn er sich dann nicht fügt, dann mögen lieber einige eigensinnige Vereine verlorengehen, als daß Unordnung im Bunde großgezogen wird.“ Diesen von uns auf organisatorischem Gebiete seinerzeit unterstützten Standpunkt führt der Bundesvorstand — wie wir sehen — wohl bei politischen Differenzen durch. Bei organisatorischen ist er nur „überrascht“:

„Wenn über irgendeine dumme Sache nun endlich etwas Gras gewachsen ist, kommt sicher ein Kamel gegangen, das alles wieder runterfrisst.“

### R.P.-Fraktion, Kassel.

Wenn nicht der Fall Vieste—Bundesvorstand in Kassel seine „Vorbesprechung“ gehabt hätte, würde uns schon die Wiederauffrischung der U.S.B.-Angelegenheit zwingen, die Vorgänge in Kassel und die Stellung der Bundesvorstandsmitglieder zu den schwebenden Fragen zu streifen. Denn Kassel ist der Kernpunkt der heutigen Beratung, wie Leipzig 1919 der Drehpunkt des Kreistages in Kottbus, Oktober 1919, war. Damals wie heute muß der Kreistag zur Bundestagung Stellung nehmen. Ideologisch war der Bundestag ein weiterer Rückschritt, ein ganz unsäglichlicher Kampf gegen die Anhänger neuer Ideen. Durch das wiederholte Abstreiten der Kommunistenheke seitens Gellerts, wird die Hecke selbst nicht aus der Welt geschafft. Sie geht ja bis heute weiter. In der Materialbrochure heißt es auf Seite 4: „... deshalb verständlich, daß auf der in Kassel stattgefundenen Fraktionsitzung der kommunistischen Bundestagsdelegierten Vieste unter dem Widerspruch seiner eigenen Parteigenossen erklärte: Wir müssen uns den Worten und Arbeiten des Bundesvorstandes uns das Material herausklaufen, das wir zum Kampf gegen ihn nötig haben.“ Bevor der Bundesvorstand nicht den Beweis durch Namensnennung der „widerstrebenden Teilnehmer“ erbringt, muß er sich schon gefallen lassen, daß man ihn immer weniger ernst nimmt, je mehr er solche Erfindungen seinem „bergehohen Material“ einverleibt.

Sollte hierbei aber der als S.P.-Spizel entlarvte Angestellte des Bundesgeschäfts, Weiskner, als „Kronzeuge“ dienen, dann empfehlen wir dem B.V. dringend des Wortes zu gedenken: „Freund, was ein Lump ist, bleibt ein Lump, zu Wagen, Pferd und Fuße. Drum glaube keinem Lumpen je, auch keines Lumpen Buße.“ Diese „Scheuerfrau“ — um mit dem Gellert in Kassel zu reden — wird allerdings vor unseren Augen keine Gnade finden, wenn wir die Regierung in L. übernehmen.

Im übrigen aber berufe ich mich auf die Tatsache, daß die Delegation des 1. Kreises in allen Fragen konform gegangen ist. Daß der 1. Kreis nicht mehr gesagt hat, als er im Auftrage des Kreises zu sagen gehabt hätte, lag an der Ueberlastung der wenigen rednerisch tätigen Kräfte der Delegation. Aber schon in Kassel sollte provoziert und — wie wir jetzt sehen — vielleicht sogar gespalten werden. Da ist es gut,

einen für die Gegenseite wenigstens politisch einwandfreien Augenzeugen zum Beweise dessen zu Rate zu ziehen, daß die Kommunisten alles daran gesetzt haben, sich nicht provozieren zu lassen und einer sachlichen Auseinandersetzung die Wege zu ebnen.

### Ein S.P.-Urteil über die K.P. in Kassel.

Der frühere Redakteur der „Arbeiter-Turn-Zeitung“, Gröger, schreibt in der „Osterr. Arbeiter-Turn- und Sportzeitung“ Nr. 7/24 darüber folgendes:

„Der Kasseler Tagung wurde von vielen Bundesmitgliedern mit einer gewissen Besorgnis entgegesehen. Das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen für die kommunistische Partei mußte natürlicherweise auch keinen Ausbruch im Bund finden und es war daher mit einem starken Vorstoß der Kommunisten in Kassel zu rechnen. An und für sich braucht eine gesunde Organisation derartige Vorstöße nicht zu fürchten. Im Gegenteil, sie können unter Umständen vorwärts treiben und neu befruchten. Es kommt ganz auf die Art und Weise an, wie eine Opposition gemacht wird. Und da lag die Befürchtung nahe, daß es in Kassel zu ähnlichen traurigen Vorkommnissen führen würde, wie es bei dem ersten Arbeitersportkongreß in Jena der Fall war, wo die Kommunisten die Person in oft mehr als unwürdiger Weise angriffen, ohne etwas anderes als eine tiefe Erbitterung bei der Mehrheit zu erreichen. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß dem Bundestag in Kassel ein Jena in zweiter Auflage erspart blieb. Gewiß, das Barometer stand oft genug auf Sturm; er galt aber der Sache. Ganz ehrlich müssen wir den Kommunisten das Zeugnis ausstellen, daß sie tatsächlich nicht ungeschickt vorgegangen sind und ihre Leitung sie fest in der Hand hatte. Es sind starke Worte in Kassel gesprochen worden; Beschimpfungen aber, wie sie leider im öffentlichen Leben der Arbeiterparteien heute in Deutschland nicht zu den Seltenheiten gehören, blieben ausgeschlossen. Das sei vorausgenommen.“

Aber der Auftakt war beabsichtigt und er ist auch gelungen. Das beweisen die sofort nach Kassel eingehenden Spaltungsvorstöße der S.P.D.-Fraktionen im Reiche und besonders im 1. Kreise gegen den Kreisvorstand. Bei letzterem Vorgehen sehen wir deutlich die Verbindung der S.P.D.-

### Denunziation des Kreistages Spandau.

Fraktion des 1. Kreises mit dem Bundesvorstande. Man braucht sich nur den „objektiven“ Bericht der A.L.Z. ansehen. So setzen B.W.-Mitglieder Teilveranstaltungen des Bundes herab! Man ging sogar so weit, das Kreisfest unterminieren zu wollen. Den Ausgang gab der „Vorwärts“, Berlin, vom 15. Juli 1924, indem er sich schreiben ließ:

#### Arbeitersportfeste.

Man schreibt uns: Der letzte Reichs-Arbeitersporttag im Stadion hat zu mancherlei Klagen Anlaß gegeben. Bisher sind die Arbeitersportfeste von der Parteipropaganda freigehalten worden, weil die Propaganda unter der breiten Masse dadurch erschwert und das harmonische Zusammenarbeiten der Sportler verschiedener Parteizugehörigkeit in Gefahr gebracht wird. Beim letzten Mal ist dieses Prinzip durch die kommunistischen Fraktionen durchbrochen worden, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das nächste Kreisfest der Arbeiterturner in Spandau ebenfalls von den Kommunisten zu ihrer Parteipropaganda mißbraucht werden. Wegen dieses Unfug muß schon jetzt mit aller Schärfe protestiert werden. Die Groß-Berliner Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich die Freude am Arbeitersport und seinen sich ständig heigernden qualitativen Leistungen durch Moskauer Plakate, rote-Hilfs-Sammungen und Massenvertrieb kommunistischer Literatur vergällen zu lassen. Wer den letzten „Kass“ besucht hat, konnte sehr wohl zu dem Eindruck kommen, es mit einer rein kommunistischen Veranstaltung zu tun zu haben, und die tendenziöse Berichterstattung in der „Roten Fahne“: „Mit den Arbeitersportlern in Berlin vereinten sich in Köln die Parlamentsfraktionen der kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands“ usw., verfierte in der Deutlichkeit diesen Eindruck. Dieser kommunistische Unfug ist nur möglich, weil unsere Parteigenossen bisher des lieben Friedens willen alles gebudet und sich nicht zur Wehr gesetzt haben. Parteipolitische öffentliche Kundgebungen unterliegen nach wie vor der Ausnahmegesetzgebung, sind grundsätzlich verboten. Unsere Feste kommen daher durch die kommunistische Propaganda in Gefahr, verboten zu werden. Es ist daher an der Zeit, diesem Treiben ein Ende zu machen, wenn der Arbeitersport nicht schwer geschädigt werden soll.

Daß der „Vorwärts“ kein Gefühl dafür hat, daß die Solidarität der Arbeiterschaft mit den Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz auch Sache des Arbeitersportlers ist, ist uns so geläufig, wie die Abneigung dieses Blattes gegen eine rote Fahne. Daß aber ein Arbeiterblatt kein Gefühl für die Schande hat, daß seine Parteifreunde nur mit dem Belagerungs-zustand regieren und unser Kreisfest indirekt zum Auflösen empfohlen wird, ging dem Kreisvorstand über die Hutschnur. In der Sitzung am gleichen

Tag in Spandau wurde festgestellt, daß das „Spandauer Volksblatt“ den Vorwärtsartikel übernommen hatte. So stellten sich diese beiden Blätter an die Stelle des „Spandauer Anzeigers“, des bürgerlichen Ortsblattes, geschrieben für reichsdeutsche Idioten, dessen Infamierung des Arbeiterfestes allerdings für uns selbstverständlich war. Diese gemeinsame Heße hatte Quartierablagen zur Folge, die durch einen sinngemäßen Ausspruch Reicherts bekräftigt wurden in bejahter Sitzung: „Das habt Ihr nun von eurem kommunistischen Rummel am Rast, jetzt geben uns die Leute die Quartiere zurück.“ Als ein Mitglied des Hauptauschusses dem „Spandauer Volksblatt“ später einen Artikel gegen den bürgerlichen „Spandauer Anzeiger“ zusandte; wurde die Aufnahme sogar abgelehnt.

Ist es da verwunderlich, wenn aus der Sitzung der Antrag kam, die genannten Blätter von der Berichterstattung auszuschließen. Lediglich um das zu verhindern, da wir wissen, wie leicht wenigstens in Groß-Berlin eine solche Ausschaltung des „Vorwärts“ Nachahmung finden wird, fand der Antrag einmütige Annahme, den Blättern das bekannte Schreiben zu senden und auf den Empfangsabenden davon Kenntnis zu geben. Das ist der wahre Hergang trotz gegenteiligen Geschreies. Es ist versucht worden, einen Keil in dieser Frage in den Kreisvorstand zu treiben, daher der Beschluß vom 21. September 1924:

„In Sachen der Haltung des „Vorwärts“ zum Kreisfest und der sich daraus ergebenden Polemik wird mit 16 von 17 anwesenden Stimmen festgestellt, daß das an „Vorwärts“ und „Spandauer Volksblatt“ gerichtete Schreiben in seinem Wortlaut beschlossen und demnach auf Grund einmütigen Willens des Kreisvorstandes von Vieste abgehandelt worden ist. In Stelle des nicht in Spandau anwesenden Gen. Conrad, der sich der Stimme enthielt, hatte zur Zeit Genossin Zeilinger dafür gestimmt. Gen. Scholz macht die einschränkende Bemerkung, an eine nachsichtliche Verwendung geglaubt zu haben.“

### Verdächtigungen gegen den 1. Kreis:

Wer geglaubt, daß der Bundesvorstand seinen Bundesmitgliedern im 1. Kreise keine Unterstützung leihen würde, um die Denunziationsangriffe des „Vorwärts“ abzuwehren, der war sehr naiv. Denn der 1. Kreis wird von Bundesvorstandsmitgliedern im ganzen Lande verächtlich gemacht. Nur deshalb ist es zu verstehen, wenn Mannschaften des 1. Kreises bei den Bundesmeisterschaften in Frankfurt a. M. anfangs von den anderen Teilnehmern über die Achsel angesehen worden sind. Und bei den Bundesmeisterschaften in Schwimmen in Leipzig wurde den Teilnehmern es sogar verübelt, daß sie als arme Teufel nicht am Zusammensein im teuren Weinlokal teilgenommen haben.

Es gehört mit zur Verächtlichmachung des Kreises, wenn Gellert in Kassel behauptet, der Kreistag im März 1924 habe sich mit dem Bundestag gar nicht befaßt. „Sachliche Arbeit ist Nebensache“ sagte derselbe Gellert,

### 1. Kreis und Spartenfrage.

obwohl er weiß, daß in der sachlich wichtigsten Frage für Kassel, der Spartenfrage, sich kein Kreis so intensiv bemüht hat, wie der 1. Allein drei Referate wurden auf diesem Kreistag darüber gehalten, von Koppisch, Bud und Vieste. Wenn es nicht gelungen ist, alles unter den einzig richtigen zentralen Hut zu bringen, so ist das doch nicht Schuld der Opposition. Lediglich die Bundesleitung hat verabsäumt, Aufklärung darüber zu verbreiten, welche organisatorischen Notwendigkeiten für Organisationen der Arbeiterklasse zu beachten sind. Mein Versuch, in der A.L.Z., Nr. 10 und 11, 1924, theoretisch und praktisch Wege zu weisen, hat lediglich nachträglich Erguß Ellermann, Magdeburg, in Nr. 13, 1924 der A.L.Z. gebracht, der aber gar nicht den Versuch gemacht hat, die Bedeutung meiner Darlegungen zu erfassen. Die rote Redaktion Kreuzburg hat aus meinem Artikel gar nur „Forschungsmethode“ geunden. Sachlich hatte sie nichts zu sagen und wir wiederholen: dazu fehlt ihr auch die Fähigkeit. Inzwischen haben die Bürgerlichen die geschichtlichen Notwendigkeiten besser begriffen. Sie wissen, was organisatorisch notwendig ist, um ihre Organisationen schlagkräftig für

den Endkampf gegen die Arbeiterklasse zu machen. Diesem Zwecke allein dient der niedergegründete „Deutsche Sportbund“, dessen Entwicklung gut von uns beobachtet werden sollte. Nur bei uns fehlt die Erkenntnis, die zu verbreiten der Bundesvorstand und seine Redaktion bis jetzt verabläumt hat. Das ist eben der Unterschied zwischen unserer Bewegung und der bürgerlichen: dort erfassen die Führer sehr schnell die Notwendigkeiten, die im Interesse der bürgerlichen Klasse gelegen sind, entgegen dem Interesse der Mitglieder. Bei uns fühlen die Mitgliedermassen instinktiv die Notwendigkeiten entgegen den parteipolitischen Interessen ihrer Führer. Und wenn das Vertrauen zwischen Führern und Massen immer mehr schwindet, so allein wegen der politischen und wirtschaftlichen Interessen, die bei den Führern andere sind, wie bei den Massen. Niemals wegen der Opposition, die diese Differenzen aufdeckt.

Was wir also in Kassel in ideologischer Beziehung zu vertreten hatten, wußten wir. So war z. B. in der Frage R.S.V.—U.S.V. für uns maßgeblich die Resolution vom Märzfreitag 1923, die angenommen war mit 118:69 Stimmen:

„Nach Anhörung der beiden Referate und nach Anerkennung des geschichtlichen Ganges der Ereignisse auf dem Gebiete der Klassenkämpfe und der Rolle, die die Organisationen der physischen Kultur in der jetzigen Periode ihres Bestehens spielen, kommt der Kreistag zu dem Resultat, daß die ideologische Einstellung der Arbeiter-Sport- und Turnbewegung weder national noch international der Rolle entspricht, die diese Organisationen in der jetzigen Periode ihres Bestehens zu spielen haben auf dem Gebiete des Klassenkampfes, noch entspricht ihre praktische Betätigung den kulturpolitischen Aufgaben, die sie vorbereitend zu erfüllen haben. Besonders die deutschen Verhältnisse lagen uns deutlich, daß es falsch und historisch überlebt ist, die alten Formen der rein physischen Betätigung beizubehalten. Die tatsächlichen Verhältnisse sind längst darüber hinausgewachsen. Zum Gelingen des Klassenkampfes des Proletariats ist notwendig die Vereinigung von Körper und Geist, als Aufgabe der Sport-Internationalen, die Verbindung der materiellen mit den geistigen Interessen der Arbeiterklasse.“

Auf diesem Gebiete hat die Luzerner Internationale völlig versagt. Ihre Tätigkeit wird beschränkt von der Zweiten und der Amsterdamer Internationale und bewegt sich in deren Rahmen: dem der Arbeitgemeinschaft mit der bürgerlichen Klasse. Die objektive Wirkung der Betätigung der Luzerner Internationale ist darum die der Unterfütterung der Bourgeoisie. Statt einer Entwindung der ideologischen Vormacht durch die Arbeiter-Sportorganisationen wird die Macht der bürgerlichen Organisationen dadurch immer mehr gestärkt, daß die Sport-Internationalen nicht zu der jetzt notwendigen ideologischen Mobilisierung aller Kräfte und Mittel für den Klassenkampf übergeht.

Bedingt die zwangsläufige aus der Unterfütterung der Luzerner Internationale entstandene „rote Sport-Internationalen“ hat die historischen Notwendigkeiten für die Interessen der Arbeiterklasse erkannt und ist bemüht, die Bewegung der physischen Kultur als Mittel zum Klassenkampf der Arbeiterklasse einzustellen und zu beeinflussen.

Der Kreistag fordert darum zur Vermeidung einer weiteren Verzögerung der Aufgaben der Arbeiter-Turn- und Sportorganisationen für die Fortführung der Revolution, daß der Bundesvorstand unverzüglich die Frage der Roten oder Luzerner Internationale zur Diskussion stellt innerhalb des Luzerner Vorstandes und in der Zentralkommission. Weiter fordert der Kreistag alle Vorbereitungen im Bunde und in der Luzerner Internationale, eine Verschmelzung beider Internationalen herbeizuführen unter Ausschaltung des jetzt vorherrschenden Neutralitäts- und Arbeitgemeinschaftsgedankens.“

## Und wieder: Russenmannschaft.

Nichts ist selbsterständlicher — und kennzeichnet mehr den nicht parteipolitisch-neutralen S.P.-Standpunkt des Bundesvorstandes —, als daß zur Umgehung der von uns in Kassel nur sachlich behandelten Frage der R.S.V. die Russenmannschaft herhalten mußte. Genosse Apik war es, der im Stadion Lichtenberg uns aufmerksam machte, daß im Deutschen Fußballbund organisierte russische Konterrevolution sich an die Mannschaft herangemacht hatte. Da waren wir allerdings auf den Beinen, denn die Russen kannten diese Pappenheimer nicht. Wenn aber diese Tatsache mit der Abreise in Verbindung gebracht wird, so sind das wider besseres Wissen immer wieder angewandte Verleumdungen unserer russischen Genossen, von denen ein Teil allerdings nicht weniger „Fußballereigenarten“ an sich hatten, wie unsere Mannschaften.

Wörtlich schreibt der Schmierfint der Materialbrochure: „... mußte nachts abgehoben werden, weil diese Mannschaft neben den von Lieste ausgemachten Spielen mit bekannten Ligaverereinen spielen wollte, um Geld

zu verdienen.“ Wir stellen fest, daß bei der Mannschaft sowohl als auch bei der russischen Botschaft — die Diem höchst persönlich aufgesucht haben soll — alle Werbungen der Bürgerlichen umsonst waren.

Zum wiederelten Male müssen wir sagen, daß die Mannschaft bereits zwei Monate unterwegs gewesen ist, als sie telegraphisch nach Deutschland beordert wurde. Daß das beabsichtigte Spiel mit Finnland für die Rückreise bereits im Juli abgemacht worden war, dann aber wegen der Verzögerung fallen gelassen und die Reiseroute geändert werden mußte! Daß nach zwei Monaten die Mannschaftsbestimmung nicht mehr so ist, wie sie sein sollte, liegt an organisatorischen Fehlern der Organisation, weniger an der Mannschaft. Wenn es sich um eine deutsche Mannschaft gehandelt hätte, würde Gellert sehr schnell begreifen, was er in Kassel nicht verstehen wollte: daß der Bundesmeister zum Bundesfest gewünscht wird!

Ueber die russischen „Professionisten“ mit Gellert zu streiten, erübrigt sich wohl angesichts der Resultate, die die Russenmannschaften in allen Städten Rußlands den Bremern gegenüber erzielt haben. Doch eine Frage: waren die Engländer, die im Vorjahr an der Wasserkante spielten, auch Professionale? Im übrigen verweise ich wiederholt auf meine Ausführungen in der „Freien Sportwoche“ Nr. 40, Jahrgang 1923. Was darin steht, ist sachlich allein richtig, kein Wort mehr und keins weniger. Was nun aber die „Eigenarten“ der Fußballer anbelangt, so sollte Luzern so energisch dagegen Front machen, wie es die R.S.V. getan hat, dann hat die Bürokratie genug zu tun. Nur zum Beweise dessen entnehmen wir dem *Ruhredo* vom 14. 1. 25 folgenden Artikel, nicht um uns gegenseitig solche „Eigenarten“ zu erzählen:

### Der Wahrheit die Ehre!

In einer Fichte-Versammlung in Berlin machte der Turngenosse Lieste Ausführungen über die Engländer, die im vorigen Jahre in Rheinland-Westfalen weilten. In der „ATZ“ vom 7. Januar nimmt ein Dortmund Genosse dazu Stellung und stellt die Ausführungen Liestes als unmaß gebend dar. Die Redaktion der „ATZ“ schrieb unter diesem Artikel: Kommentar überflüssig. Der Vorsitzende des Arbeitersportvereins Essen-West schreibt uns dazu folgendes: Zu dem Artikel „Niedriger hängen“ in der „ATZ“ vom 7. Januar dieses Jahres möchte ich folgendes anführen:

Wenn man etwas der Öffentlichkeit mitteilt, soll man stets danach trachten, bei der Wahrheit zu bleiben. Dieses vermissen ich aber ganz und gar bei dem Sportgenossen Bilyg zu können? Oder glaubt derselbe, durch falsche Angaben der Arbeitersportbewegung dienen zu können?

Um nun auf den Kern der Sache zu kommen, sei festgestellt, daß unterzeichnetem Verein die Spielbeschlüsse mit den Engländern getätigt hat. Dieselben kamen am Montag, dem 25. August, in Essen an, wo sie von unseren Genossen abgeholt wurden. Als dieselben im Vereinslokale eintrafen, mußte ich unwillkürlich lachen. Was man sah, erinnerte mich stark an den verflochtenen Kriem, wo auch sehr viele meinten, durch Erwerbungen von vielen Orden und Abzeichen an Red und Blusen, daß man annehmen mußte, sie hätten ein Warenlager leer gemacht. Doch das Schöne kommt noch. Bei der offiziellen Begrüßungsfeier am Dienstag, dem 26. August, waren nun auch viele Genossen der anderen Sportarten anwesend. Raum hatten die Engländer deren Abzeichen erblüht, hatten dieselben schon um Abbestellung derselben. Unsere Genossen, zumütig, wie sie nun einmal sind, gaben dieselben auch ab. So konnte man im Laufe des Abends feststellen, daß die meisten der englischen Genossen folgende Abzeichen trugen: das der Britischen Sportvereinigungen, der Belgischen Genossenschaftsausstellung, der Belgischen Arbeitersportler, des englischen Fußballklubs „the Clarion“, unsere Bundesnadel mit und ohne Ball, der Samoriter, der Radfahrer, der Schwimmer, der Naturfreunde und nicht leicht noch mehr, deren ich mich aber nicht mehr zu erinnern weiß. Weiter waren englische Genossen dabei, bei denen ich nicht weniger als 22 Abzeichen zählen konnte. Also ist die Erklärung, die Lieste in der Fichte-Versammlung gab, der Wahrheit entsprechend.

Nun wird man schließlich sagen, das war in Essen, aber nicht in Dortmund. Hierin kann ich aber den Zweiflern sagen, daß wir mehrere Genossen aus unserem Verein, vielleicht zehn bis zwölf Mann, nach Dortmund geschickt hatten. Von diesen kann jeder einzelne bezeugen, daß die englische Sportvereinigungen in genau demselben Ausmaß sich dort repräsentierten. Also beweisen diese Ausführungen, daß der Genosse Bilyg, Lieste nicht die Wahrheit gesagt hat. Oder bist du, mein lieber Genosse Lieste, auch schon vom Nichter befallen, daß du um Lieste noch mehr anzuhängen, mit Unwahrheiten um dich wirfst? Man kann zu Lieste sehen, wie man will, jedoch verlangen wir, daß der Wahrheit die Ehre gegeben wird.

Also, Genosse Gellert, ein Kommentar ist doch nicht so ganz überflüssig.

Essen-West, den 13. Januar 1925.

Peter Meier, Vorsitzender des Arb.-Sportvereins Essen-West.

Und wenn man nun gar noch hinweisen kann darauf, daß das Spiel Dresden—Paris von Luzern ausschließlich in bürgerlichen Blättern propagiert worden ist, weil die Luzerner in Frankreich über ganze 600 (sechshundert!) Mitglieder und keine Presse verfügen, wenn weiter die Pressstimmen der französischen Bourgeoisie uns vorzusehen wagen kann, fällt jedes moralische Recht weg, über die Russenmannschaft auch noch die Nase zu rümpfen!

### Spiele mit bürgerlichen Mannschaften.

Das „Spiele der Russen mit Bürgerlichen“ in Norwegen, das auch wieder herhalten mußte, hat ja jetzt zur Gründung des Arbeiter-Sportverbandes geführt. Die Taktik hat Bildung später selbst gutgeheißen in der D.R.S.Z. Aber auch Gellert sagte in Kassel: „Das Beispiel erwähne ich euch, wie tolerant wir uns gegenüber den Norwegern verhalten haben, als sie noch zu uns gehörten und Verbindung mit bürgerlichen Sportvereinen für zweckmäßig hielten“. Was soll also das Gerede, wo, nach Gellert, diese bürgerlichen Norweger zu U.S.Z. gehört haben, und zumal die Norweger in Leipzig 1922 teilgenommen haben. Um aber diese Rederei zu begründen, zieht Gellert gleich hinterher an den Haaren herbei: Die Opposition hätte diese „Toleranz“ im Falle Norwegen „als Verrat und Verbrechen“ gekennzeichnet. O nein, eure Koalition mit der Bourgeoisie ist eine andere. Das werden wir noch in Fülle beweisen.

### Politische Notwendigkeiten.

Fritz Wildung hat doch einmal geschrieben, die Kommunisten begreifen nicht die politischen Zeitspannenunterschiede. Nun, die R.S.Z. hat sie früher begriffen. Sie wird jedenfalls noch des öfteren mit solchen „Bürgerlichen“ spielen, die eine Veranstaltung gegen ihre eigene Olympia fertigbringen. Denn die Russenspiele in Schweden und Norwegen waren die Antwort der Opposition auf Götterburg. Und deshalb wird Luzern noch des öfteren Gelegenheit haben, die „kommunistische R.S.Z. mit bürgerlichem Einschlag“ — nach einem Wildung—Zitat — zu bemängeln. Uns wundert es, daß man noch nicht über das Spiel einer Mannschaft der türkischen nationalen Freiheitsbewegung in Rußland gemeldet hat. Diese Mannschaft war doch auch bürgerlich! Eine Arbeitersportbewegung gibt es in der Türkei noch nicht! Nun, die R.S.Z. weiß durchaus die politischen Zeitspannen zu würdigen und sie hat Luzern bisher noch keinen Vorwurf daraus gemacht, daß eine ihrer Sektionen an der bürgerlichen Olympia in Paris teilgenommen hat. Gerade wegen der politischen gefährlichen Lage dieser Sektion wollen wir den Namen noch nicht nennen und wird immer anderen politischen Verhältnissen im Lande dieser Sektion Zeit sein, darüber zu befinden, ob es nötig war zur Irreführung der Reaktion so weit zu gehen. Jedenfalls wollen wir uns daran erinnern, wenn Luzern eine neue Walze bringt.

Wir nehmen es auch an sich nicht übel, wenn die finnische Sektion von Luzern sich 300 000 finn. Mark für Frankfurt a. M. von ihrer Henderregierung bewilligen läßt, obwohl wir überzeugt sind, daß für eine rote Olympia nichts bewilligt wird von Bourgeoisregierungen. In dieser Beziehung trifft das Goethewort den Nagel auf den Kopf:

„Mann mit zugemösten Taschen,  
Dir tut niemand was zu lieb,  
Hand wird nur von Hand gewaschen,  
Wenn du nehmen willst, so gib.“

„Eine Hand wäscht die andere,“ ist hoffentlich nur die Auffassung der finnischen Sozialdemokraten im Parlament, die in für Arbeiter ganz etelhafter Weise sich für diese „Spende“ bedankten. Hoffen wir weiter, daß die 300 000 finn. Mark für die Arbeiter-Sportbewegung keine 30 Silberlinge werden. Also, wir sind nicht so böseartig und warten mit verschiedenen Dingen, bis der Bundesvorstand Zeit findet, Luzerns permanentes „Spiele mit der Bourgeoisie“ endlich zuzugeben. Gegen die R.S.Z. und gegen Rußland findet er schneller die Sprache.

### Material aus „höherer Quelle“.

Wenn es gegen Rußland geht, entpuppt sich der Arbeitsgemeinschaftler bei den Bundesvorstandsmitgliedern. Jede bürgerliche Quelle ist ihnen dann ein Evangelium. So verplapperte sich Wildung wiederholt. Daß die Russenmannschaft aus Mitgliedern der bürgerlichen Sportinternationale bestand, wußte er aus dem „amtlichen Nachrichtendienst“, aber der Sekretär der Z.R. wußte nicht, daß es eine bürgerliche Internationale bis heute nicht gibt. Auch auf der bürgerlichen Olympiade 1912 in Stockholm sollte die Mannschaft gewesen sein, doch wäre es eine Kleinigkeit gewesen, zu überlegen, daß die meisten Spieler damals noch zur Schule gingen. Und selbst wenn diese Kinder damals in Stockholm gewesen wären, so ist das für die Beurteilung der R.S.Z. nicht brauchbar. Anders stehen die Dinge aber, wenn der Präsident der Luzerner, also ein gereifter Mann, 1920 im Ausschuß des bürgerlichen Festes in Gent tätig ist, dann nach Luzern reist und eine „klassenbewußte“ Arbeiterinternationale aufzieht.

### Die Hochschul„studenten“.

Aber damit das Material „aus höherer Quelle“ gleich hintereinander erledigt wird, erledigen wir gleich das Pamphlet auf Seite 14 der Materialbroschüre, wonach ich „verschwiegen“ habe, daß Gertan und neuerdings wieder fünf Studenten aus Rußland und zwei Studenten aus der Ukraine an der Deutschen Hochschule für Leibesübungen immatrikuliert sind“. An sich dürfte ja Gellert nichts gegen solche Immatrikulation haben, wo er doch eine Vertretung der Z.R. im Beirat der „Hochschule für Leibesübungen“ der Arbeitersportbewegung für würdig hält. Aber, nebenbei bemerkt, uns ist der Oberste Rat für physische Kultur in Moskau maßgeblicher als Gellerts Berichtstatter. Dazu schreibt uns das Sekretariat der R.S.Z. aus Moskau unter dem 3. Januar 1925 folgendes:

„Die Mitteilung, welche Gellert in seiner Broschüre zum Fall Dieste über die fünf russischen und zwei ukrainischen Studenten macht, sind eine freche Lüge. Wir haben uns heute bei dem Obersten Rat erkundigt und zur Antwort bekommen, daß keine Studenten in Deutschland sind. Es waren an der Hochschule für Leibesübungen bis jetzt außer Gertan folgende Genossen, die aber nicht zum Studium, sondern zur Exkursion dort waren, was ungefähr einem interessanten Museumsbesuch in einer andern Stadt gleichtommt:

1922 war Gertan als Student dort,  
1922 Semaschlow zur Besichtigung,  
1923 Lemberg zur Besichtigung,  
1924 Dr. Jeggroff zur Besichtigung,  
1924 Dr. Kaplun zur Besichtigung,  
1924 Dr. Itin zur Besichtigung,  
1924 Dr. Sigmund zur Besichtigung,  
1924 Dr. Poptis zur Besichtigung (Ukraine).

Man muß also jetzt gegen die Lügenschweinerien des Gellert, welche die gleichen sind, wie seine Informationen aus „höherer Quelle“, im Fall der Russenmannschaft, Front machen.“

### Führer-Antibolschewismus.

Wir fügen bestätigend hinzu, daß sich diese Russen an den Kreis resp. „Fichte“ gewandt haben, worauf meistens ein Genosse von uns diese Exkursionen ermöglichte. Die Redewendung Gellerts im „Material“, daß die Russen den Weg zu den bürgerlichen Sportlern sehr leicht finden (Seite 15), hat also nur dann einen Sinn, wenn verlangt wird, daß jeder erst nach Leipzig zu fahren hat, wenn er in Berlin eine Exkursion unternehmen will. Mit der ganzen Sache soll bloß der Antibolschewismus verdeckt werden, der rechtssozialistische Führer mit dem Bürgertum seelisch verflochten. Für diese Leute

ist das mit Arbeiterblut erkämpfte Räterußland das „Land der menschlichen Teufel“. Auch Menschen frißt man dort und Arbeiter werden gemordet, daß es nur so seine Art hat. Aber mir fällt dabei ein jetzt in Berlin kurzlebigster Wik ein. Jemand fragt Koste: Wer ist der größte Menschen-schlächter? Koste's Antwort lautet nach dem Wik: Ich, Dente, Harmann. Die Antibolschewisten bringen es schließlich noch fertig, deutsche Menschen-fresser und -schlächter als russische Importware den deutschen Arbeitern auf-zuschwätzen. Von Antibolschewisten kann man nichts Objektives über Ruß-land erwarten. Darum tauchen immer wieder neue Schwindel auf.

Wenn also Bildung und Gellert hier und da heucheln, wie gerne sie russische Sportler und die Verbindung mit ihnen sähen, dann kann man ein Mephistowort variieren und die Beteiligten sagen lassen:

Gellert und Bildung: „Von Zeit zu Zeit seh'n wir den Alten gern, es ist nicht klug, mit ihm zu brechen —“

Rußland: „Wie gütig, von so großen Herren, so menschlich von dem Teufel selbst zu sprechen!“

### „Liebe“ zu Rußland.

Zum Beweise dessen sei nur wiederholt, was wir bereits in Nr. 3/1924 des „Proletariatsport“ angegelist haben. In einer unter Arbeitern ganz selbstverständlichen Angelegenheit ersuchte uns die russische Sektion der R.S.J. bei Gelegenheit noch weiterer Korrespondenzen in Angelegenheit der Entsendung einer Fußballmannschaft durch den 1. Kreis nach Rußland, doch beim Bundesvorstand des A.-L.- u. Sp.-Bund vorzusprechen. Nichtsahnend übersandten wir folgendes Schreiben wegen der Kürze der Zeit per Eilboten:

Berlin, den 17. Mai 1924.

An den

Arbeiter-Turn- und Sportbund, j. Bd. des Vorsitzenden  
Herrn C. Gellert

Werte Bundesgenossen!

Leipzig, Fichtestraße 36.

Die russische Sektion der R.S.J. beabsichtigt, einen Vertreter zu unserem Bundestag zu entsenden. Lediglich zur Ueberwindung von Einreiseshwierigkeiten wird um eine offizielle Einladung mit Bundeschreiben ersucht. Sofern Ihr ein Interesse am Erscheinen eines russischen Delegierten habt, bitten wir Euch, dem geäußerten Wunsche in der Weise Rechnung zu tragen, daß Ihr uns umgehend das Schreiben zustellt, das wir sofort weiterleiten werden.

Mit Bundesgruß: gez. Bruno Lieske.

Aus der an sich völlig nebensächlichen Sache wurde eine Staatsaktion mit exakten Beschüssen des gerade tagenden Bundesvorstandes gemacht, und folgende Antwort wurde geboren:

Leipzig, den 19. Mai 1924.

Herrn Bruno Lieske

Berlin D 17, Stralauer Allee 25a.

Welter Bundesgenosse!

Antwortlich Deines erhaltenen Eilbriefes teile ich Dir mit, daß der Bundesvorstand in seiner am 18. d. M. stattgefundenen Vorstandssitzung einstimmig beschloffen hat:

Eine Vertretung der R.S.J. zum Bundestag wird selbstverständlich zugelassen. Die Anfrage der Zulassung bzw. die Anforderung der zur Einreisefreilassung notwendigen Papiere und Bescheinigungen durch unseren Bund hat von der R.S.J. direkt an unseren Bund zu gehen. Wir erkennen den Umweg über Deine Person nicht an.

Wir bitten Dich, dieses der R.S.J. mitzuteilen.

Mit Bundesgruß, Arbeiter-Turn- und Sportbund, gez. C. Gellert.

Also wegen des „nicht anerkannten Umweges“ wird man in Leipzig unanständig. Daß von dort bis zur Abhaltung des Russenspiels in Berlin ständige Sabotage gegen ein Näherkommen zwischen russischen und deutschen Sportlern getrieben worden ist, wissen wir. Diese Sabotage aber in dem Augenblick zu betonen, wo beide internationale Sekretariate über den anerkannten „Umweg“ die Verbindungen zwecks weiterer Verhandlungen angeknüpft haben, läßt dem Verdacht Spielraum, als säßen die Saboteure der „Einheitsfront zu Frankfurt a. M.“ mehr in Leipzig wie weniger in Brüssel. Zu dieser Annahme berechtigt uns noch manches andere Vorkommnis.

### Fall Gertan und Diems Handbuch.

Das Material aus „höherer Quelle“ ist schon genügend gekennzeichnet worden, so daß man annehmen sollte, Gellert würde sich nicht so unvorsichtig von seinen Rappfreunden aus der Kurfürstenstraße „unterrichten“ lassen. Aber weit gefehlt. Auf Seite 16 und 17 des Protokolls von Kassel finden wir eine Vorlesung aus dem Handbuch von Dr. Carl Diem, Wallwik und Neuendorf, die die alte Struktur der Organisation in Rußland beschreibt. Sachlich nichts anderes, als wie von uns bereits 1921 im „ArbeiterSport“ geschildert. Aber Gellert nimmt nicht die neuen Abhandlungen im „Proletariatsport“, sondern sein A und O sind immer noch Diem, Wallwik und Neuendorf. Aber lassen wir Gertan selbst reden:

„Also zuerst zur Anecdotenheit mit Diem. Die erste Abhandlung über den Sport in Rußland gab ich ihm auf seine Bitte hin im Herbst 1922 für sein Werk „Vereine und Verbände für Leibesübungen“. Ich konnte natürlich nur die alte Struktur mit dem Newobutisch an der Spitze schildern. Ich glaubte, daß ich es objektiv genug getan habe, obgleich damals die Opposition gegen den Newobutisch recht stark war und obgleich das Projekt der Bildung eines Verbandes reter Sportorganisationen vielfach Konfusionen gemacht hatte. Es war mir nur zu tun, damit zu zeigen, daß bei uns in Sowjetrußland für die Entwicklung des Sports viel getan wird, und das war damals für das Ausland, ja sogar für die Arbeiterportler eine Offenbarung.

Nun sehen wir ja nicht still und am 21. September 1923, d. h. bald nach Bildung des „Höhen Notes“ am Eremitenlosteich schrieb ich an Diem: „Seit meinem Beitrag hat sich noch manches verändert, so daß im Falle einer Neuausgabe Ihres Buches eine vollständige Umarbeitung der betreffenden Angaben nötig wäre.“

Bei dieser Gelegenheit gleich die andere Gertan-Angelegenheit. Biegel wandte sich — offenbar weil er den Umweg über Lieske auch ablehnte — mit einem Briefe — über den Umweg des bürgerlichen Schriftstellers Walter Mang — an Gertan. Gertan antwortete am 16. März 1924, also lange vor Kassel, über denselben Umweg wie folgt:

„Biegel hat mir wohl geschrieben, doch wird bei der jetzigen schwierigen Geldlage kaum eine Schwimmergruppenreise zustande kommen können. Eher wäre es möglich, daß wir im Sommer mit anderen Sportsleuten zu dem Arbeiterfest nach Paris fahren, oder im Herbst nach dem Arbeiterturnfest in Karlsbad. Das Programm der beiden Feste ist mir aber unbekannt, und ich weiß nicht einmal, ob da der Schwimmersport vertreten sein wird.“

Das ist die mysteriöse Geschichte mit dem „Wenden an die R.S.J.“, die mit den persönlichen Sachen eines akademischen Lehrers nichts zu tun hat. Die Adresse der R.S.J. war dem Bundesvorstand bekannt, sie lautete: Fritz Reukner, Berlin N 113, Schivelbeiner Str. 6. Nach Kassel habe ich die Adresse der Ruffektion mit Brief vom 24. Juni 1924 an den Bundesvorstand übermittelt. Dieser Brief wurde am 1. Juli vom B.V. bestätigt.

### Luzerns Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertum.

Gerade der Fall Gertan lenkt unseren Blick wieder auf die Koalition mit dem bürgerlichen „Reichsausschuß für Leibesübungen“. Es besteht eine solche feilichige Verwandtschaft Wirkungen mit dem Rappisten und Vorsitzenden des R.L., Dr. Lewald, daß sie beide eine Erklärung unterschrieben haben gegen General Kollat, der von den bürgerlichen Sportorganisationen behauptet hatte, sie seien illegale Militärorganisationen.

Und solange der Bundesvorstand „vergift“, auf die Entschlichung des Kreisvorstandes in der Frage „Reichsbanner“ zu antworten, wird man ihm die Koalition mit bürgerlichen Sportlern, Demokraten und Zentrumsleuten in diesem Gebilde um die Ohren schlagen müssen. Wir rufen die Entschlichung in Erinnerung zurück:

### Frage Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Der Kreisvorstand des 1. Kreises hat sich in seiner Sitzung am 20. und 21. September 1924 mit der Frage Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beschäftigt. Im Zusammenhang damit auch mit der Warnung der Bundesleitung in der Freien Sportwoche Nr. 19 und erklärt hierzu, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seiner ganzen Struktur nach eine arbeiterfeindliche Organisation ist, die gleichzeitige Mitgliedschaft im Reichsbanner und Arbeiter-Turn- und Sportbund nicht statthaft sein kann. Er protestiert aus diesem

Gründe gegen die verschleierte Aufforderung zum Eintritt in das Reichsbanner, wie sie in der oben angezogenen Warnungsausschreibung der Bundesleitung enthalten ist, und warnt nicht nur die Organisationen, sondern speziell die Einzelmitglieder davor, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beizutreten. Dies ist mit der in Kassel beschlossenen, übrigen von der Bundesleitung selbst beantragten Entschliebung 3, Absatz 2: „Der Bundestag lehnt jede Gemeinschaft mit den bürgerlichen Turn- und Sportverbänden ab, nicht vereinbar.“

In namontlicher Abstimmung mit 15 Stimmen gegen 1 Enthaltung.

Der Kreisvorstand des 1. Kreises verlangt vom Bundesvorstand eine eindeutige Stellung (Klarstellung) zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold — auf Grund der Kasseler Beschlüsse.

Einstimmig angenommen. Kreisvorstandssitzung vom 20. u. 21. 9. 24.

### Reichsbannerfrage.

Warum ist der Kreisvorstand zu vorstehender Auffassung gekommen? Einige wörtliche und mündliche Dokumente aus dem hierfür wirklich hergehoch vorliegenden Material werden den Grund darlegen:

Schlesische Arbeiterzeitung Nr. 102/1924:

Die Thüringer Organisation des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold verankaltet am 18. August in Weimar eine Verfassungsfeier. Wir bringen nachstehend das Programm:

Sonnabend 9 Uhr: Zapfenstreich.

Sonntag 6 Uhr: Weden. 9—11 Uhr: Festakt im Deutschen Nationaltheater. 9.30 Uhr: Totenfeier am Denkmal der Märtyrgefallenen! 12 Uhr: Vorbereitend vor den geladenen Gästen, unter denen sich befinden: General v. Deimling, Generalinspektor des österreichischen Heeres Körner. Die Festansprache hält Hirling.

Das Programm für die Feier im Deutschen Nationaltheater lautet: Armeemarsch vom Feldmarschall Prinz Jostia Koburg. Gemeinsamer Massengesang: „Stimmt an mit hellem hohen Klang.“ Ansprachen der Generale Deimling und Körner. Hoch auf die Republik. Gemeinsamer Gesang von: „Deutschland, Deutschland über alles!“ Am Schlusse des Programms heißt es:

Zur besonderen Beachtung!

Das Reichsbanner Weimar stellt eigenen Ordnerdienst unter Leitung des Polizeimajors Eschelt. Jeder Polizei-Doppelposten erhält einen Mann unseres Ordnerdienstes.

Das Programm ist wundervoll! Zunächst einmal zeigt sich deutlich, daß das Reichsbanner eine militärisch-nationalistische Organisation ist, der Charakter der Feier und die Auswahl der Lieder lassen keinen Zweifel offen. Die Parade vor den Generalen sagt auch genug. Besonders wichtig aber ist die Zusammenarbeit zwischen Reichsbanner und Schutzpolizei. Sie üben jetzt schon gemeinsam, damit sie sich auf den gemeinsamen Kampf von Reichsbanner und Schutzpolizei gegen die Arbeiterschaft vorbereiten.

Noch deutlicher enthüllt das sozialdemokratische Bruderblatt, die Erfurter „Tribüne“, den wahren Sinn des Reichsbanners. Am 17. Juni erschienen dort folgendes Inserat:

NSD. Ortsgruppe Arnstadt. NSD. Mittwoch, den 18. Juni, abends 8 Uhr, wichtige Versammlung im „Kriegerklub“. Vortrag des Genossen Brill: „Die politische Lage und Schaffung eines republikanischen Schutzwallkes gegenüber der Revolution.“ Alle Genossen müssen erscheinen. Gäste können eingeführt werden. Der Vorstand.

Der „Vorwärts“, Nr. 410/1924, Morgenausgabe, teilt mit:

Bannerweihe im Berliner Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Als erste von den Berliner Kameradschaften begehrt am Mittwoch, den 3. September, die Kameradschaft Berlin-Mitte des Reichsbanners ihre Bannerweihe. Die Veranstaltung, bei der der ehemalige Reichstagspräsident Lobe (M. d. R.) die Weiherede hält, findet um 5 Uhr nachmittags in sämtlichen Räumen des Saalbaues Friedrichshain statt. Die Feier wird von Konzert und anderen Vorträgen umrahmt und am 8. um 8 Uhr stattfindende Bannerweihe schließt sich ein kameradschaftliches Beisammensein und später gemeinsamer Tanz an. Reichsanwalt a. D. Zehrenbach ist jetzt in den Reichsausschuß des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eingetreten, um aktiv an der weiteren Ausgestaltung des Reichsbanners mitzuarbeiten. Ebenfalls ist der Generalsekretär der Windhorst-Bünde, Dr. Krone, in den Reichsausschuß des Reichsbanners eingetreten.

Die Windhorst-Bünde sind die jesuitischen Jugendorganisationen der katholischen Kirche!

### Schwarzroigoldene Festsiften.

„Volkswille“, Suhlf, Nr. 128/1924:

In Breslau fand eine Parade des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vor dem sogenannten republikanischen Polizeiobersten Lange aus Schwerin statt. Polizeioberst Lange benutzte die Feier der Weimarer Verfassung, um eine Vorlesung über die Marne-Schlacht zu halten:

„Die Marne-Schlacht wäre nicht verloren gewesen, wenn die oberste Heeresleitung nicht Kopf und Nerven verloren hätte, und wenn Offiziere mit dem Geiste Friedrichs des Großen an der Front gewesen wären.“

Friedrich der Große als Vorbild ist eine neue Glanznummer im Programm des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Oberst Lange aber sprach weiter:

„Ich geniere mich nicht, es offen auszusprechen, daß auch ich als treuer Republikaner vor den Fahnen Schwarz-Rot, die so oft das Zeichen der Freiheit waren, mich bezeuge. Wenn das Vaterland uns ruft, so werden wir da sein, und wenn wir einig sind, werden wir die nächste Marne-Schlacht nicht verlieren. Mit den Kommunisten werden wir fertig. Ein paar Hundertschaften unserer Schupo genügen, um diesem Spul ein Ende zu machen.“

Bedarf es noch eines besseren Beweises, um zu zeigen, daß das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold sich in nichts vom Stahlhelm unterscheidet. Oberst Lange gibt es offen zu, daß es Aufgabe des Reichsbanners ist, Propaganda für den nächsten Krieg zu machen. Er zeigt, daß die Sozialdemokratie bereit ist, den Verrat von 1914 nach 10 Jahren zu wiederholen, denn zum Schluß bereitete der Oberst Lange die Proletarier zum nächsten Kriege vor.

„Wenn das Vaterland uns braucht, so werden wir da sein, und wenn wir einig sind, werden wir die nächste Marne-Schlacht nicht verlieren.“

„Volkswille“, Suhlf, Nr. 135/1924:

In der Gründungsversammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Freital (Ostschlesien) führte als Referent der Sozialdemokrat Krüger aus, daß die letzten Wahlen bewiesen haben, daß die Sozialdemokratie auch bei dem Unternehmertum Einfluß gewinne. „Die Unternehmer haben uns ihre Lastautos zur Verfügung gestellt und werden uns auch weiterhin mit allen Mitteln unterstützen. Das sind die Vorteile von unserer gemeinsamen Organisation mit dem Zentrum und den Demokraten.“ Es sei eine Ehre, Orden und Ehrenzeichen zu tragen. Bei allen künftigen Veranstaltungen sollen alle Orden und Ehrenzeichen mit der Schleife Schwarz-Rot-Gold getragen werden, um den Wünschen und dem Verlangen des Volkes nachzukommen. „Sorgen Sie mit, daß die Ziele des Reichsbanners auch in die bürgerlichen Kreise getragen werden. Wenn Sie nach dieser Richtung den Kampf aufnehmen, dann helfen Sie auch an der Versöhnung und Verbrüderung mit.“

Durch das Anlegen der Orden will das Reichsbanner zeigen, daß der Geist des Sozialpatriotismus von 1914 im Jahre 1924 wieder erweckt werden soll. Der Reichsbannerführer gibt offen zu, daß die Kapitalisten dem Reichsbanner Autos und Geld zur Verfügung stellen, weil die Bourgeoisie erkannt hat, daß das Reichsbanner Bütteldienste für das Kapital leistet.

„Der neue Sozialistenmarsch“, nennt sich ein Hohn- und Spottgedicht auf den Verrat der Sozialpatrioten, verfaßt von revolutionären Jugendlichen im Jahre 1915. Sie verbreiteten die Parodie auf den Sozialistenmarsch in geheimen Flugblättern.

Es heißt darin im letzten Verse: „Auch Orden wird es schließlich geben, das ist das Ziel, das wir erstreben! Vorbei der Arbeit heiliger Krieg! Und schließlich büßt das Volk den Sieg!“

„Volkswille“, Suhlf, Nr. 138/1924.

Die sozialdemokratische Magdeburger „Volkstimme“ meldete Ende September 1924 voller Freude:

„Besonders in den Landorten gehen die Mitglieder des Stahlhelms in hellen Scharen zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold über, ohne daß über die Gründungstätigkeit hinaus besondere Propaganda gemacht werden konnte.“



Bedarf es besserer Beweise für die seelische Verwandtschaft zwischen Reichsbanner und Stahlhelm?

In der sozialistischen „Politik und Wirtschaft“ wendet sich St. Paulus, Levi, in zarten Tönen gegen das Reichsbanner:

„Wenn wir sehen, daß so viele offizielle und offiziöse Instanzen sich um das Reichsbanner bemühen, und begonnern da, wo sie bisher doch so gar nicht gönnerhaft waren, so beschleicht uns zunächst ein tiefes Mißtrauen.“

Levi weist darauf hin, daß die proletarischen Hundertschaften in Sachsen sich nicht der Gunst des sozialdemokratischen Genossen Ebert und der übrigen Genossen erfreuen durften. Levi hat recht mit seinem Hinweis, die proletarischen Hundertschaften waren Organe, die die Interessen des Proletariats vertraten und deshalb von der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Helfershelfern bekämpft wurden. Das Reichsbanner vertritt die Interessen der Bourgeoisie und wird deshalb anerkannt. Levi weist auch auf die große Gefahr hin, daß das Reichsbanner, unabhängig von der sozialdemokratischen Partei sich zu eigenem, vielleicht der Partei entgegen gesetzten Leben entwickeln kann. Aber trotzdem zeigt sich auch hier die übliche Politik der linken Sozialdemokratie. Erst eine Scheinopposition und dann Zustimmung: „Wir sind uns treu und freuen uns, daß eine solche Machtorganisation geschaffen wird. Aber wir glauben, daß die Organisation dem Proletariat nur gedeihlich sein kann, wenn auch in der Organisation jeder Sozialdemokrat erst ein Sozialist und vor allem ein proletarischer Klassenkämpfer ist.“

„Klassentampf“, Halle, Nr. 133:

Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ veranstaltete am Mittwoch in Wittenberg einen Werbeabend im „Schloßgarten“. Der Landtagsabgeordnete Brandenburg (S.P.D.) hielt das Referat. Um des „Vaterlandes“ willen erfolgte die Gründung. Es gelte, die Festigung des republikanischen Gedankens und der Republik gegen den Feind. 1½ Millionen Schwarzrotgoldne Frontkämpfer wären bereits unter dem Banner. Ganz treffend führte der Referent aus:

„Was wäre wohl aus dem deutschen Volke geworden, wenn im August 1914 die Sozialdemokratie nicht gewesen wäre?“

„Der Frontkämpferbund Schwarz-Rot-Gold vermehrte sich mit allem Nachdruck dagegen, weniger national zu sein, als wie vor, während und nach dem Kriege die Sozialdemokratie gewesen ist.“

Reichsbanner bettelt Unternehmer an.

„Rote Fahne“, Berlin.

Aus einem Rundschreiben des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ vom 5. August:

Sehr geehrter Herr!

Innerhalb ganz kurzer Zeit ist in dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ der Republik eine starke Organisation entstanden, die es sich zum Ziele gesetzt hat, sowohl Angriffe auf die Republik zurückzuweisen als auch die geistigen Krankheiten unserer Zeit, wie Kommunismus (I. D. K.), Antisemitismus, nationalsozialistischen Chauvinismus zu bekämpfen und statt dessen das Gefühl für wahre vaterländische Ideen im Rahmen des demokratischen republikanischen Staates zu vertiefen. Diesem Zweck soll die am kommenden Sonntag, dem 10. August, stattfindende Verfassungsfeier, vornehmlich die weisevolle Veranstaltung im Großen Schauspielhaus, dienen.

Zur würdigen Ausgestaltung dieser Feiern bedarf es aber der weitestgehenden materiellen Unterstützung durch unsere Freunde. Wir erlauben uns daher, auch an Sie mit der Bitte heranzutreten, uns unter Benutzung anliegender Zahlkarte auf unser Postkasskonto... eine Verfassungsfeier zu überweisen. Selbst die kleinsten Spenden sind willkommen.

Mit republikanischem Gruß

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“, Gau Berlin-Brandenburg.

gez. Martin Schneider.

Dieser Bettelbrief des Reichsbanners ist natürlich für Kapitalisten bestimmt. Denn daß andere Leute, etwa Arbeiter und Angestellte, bei ihren Hungerbezügen noch Spenden machen können, das glaubt doch wohl selbst so ein Schwarzrotgoldmann nicht. Also kommen nur die zahlungsfähigen Interessenten, die Kapitalisten, in Frage. Für sie ist ja auch der Hinweis auf die Bekämpfung des Kommunismus (an erster Stelle!) berechnet.

Nachstehender Brief des Reichsbanners ist ein neuer Beleg für die Abhängigkeit des Reichsbanners von den Unternehmern:

Sehr geehrter Herr!

„Weimar, den 31. August 1924.“

Die Ortsgruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beabsichtigt die Begründung eines eigenen Spielmannstors und benötigt zu diesem Zwecke etwa 600 Goldmark. Ich wende mich daher an die Freunde unserer guten Sache mit der ergebenden Bitte, uns mit Spenden bei unserem Vorhaben zu unterstützen. Doppelt hilft uns, wer schnell gibt. Ueberweisungen erbitten wir auf das „Gemeinschaftskonto Börner, Grobe, Selle“ bei der Thüringischen Staatsbank. Im voraus unsern verbindlichsten Dank.

Mit vorzüglicher Hochachtung! Frei Heil! gez. Rudolf Selle,

Kassierer der Ortsgruppe Weimar des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.“

Damit entlarvt sich das Reichsbanner als ausgehalten vom deutschen Unternehmertum. Sollte es wirklich einen Arbeiter geben, der sich als ehrlicher Klassenkämpfer trotzdem dieser Bande von Kapitalzuhältern anschließt?

Dazu hatte nach dem „Vorwärts“ 31/1925 Hörting in München am 18. Januar 1925 nichts weiter zu sagen als das:

„Das Reichsbanner im Gegensatz zu den Organisationen der Rechten niemals Geld von Leuten außerhalb unseres Vaterlandes genommen habe, sondern nur von deutschen Republikanern, und das ist fürwahr kein Schande.“

Hier ist ein Kommentar wirklich überflüssig!

So könnte es seitens lang weitergehen. Aber schon das müßte genügen, daß sich der Vorstand einer Arbeiter-Erziehungsorganisation ganz energisch an die Aufklärung der Mitglieder macht, damit sie sich fernhalten von dieser bürgerlichen Organisation. Aber der Bundesvorstand sieht sogar zu, wie das „Reichsbanner“ die nationalsozialistische Sportorganisation Schwarz-Rot-Gold wird. Gerüchte besagen, daß der bekannte Sportlehrer Girulatis als Sportlehrer des „Reichsbanners“ angestellt ist. Wird deshalb vielleicht die Sportleitung der Arbeitersportbewegung vom Bundesvorstand und Luzern provoziert, um die Indifferenten dahin überzuführen? U. U. w. g.!

Aber leider sind Bundesbeschlüsse nur gegen die Opposition gefaßt, deshalb glaubt der Bundesvorstand, sich gar nicht äußern zu brauchen auf den Beschluß des Kreisvorstandes. Vielleicht tut es aber der Kreistag und sagt, was er darüber denkt, wenn z. B. der Kreisverweser Reichert neben dem Turner der Deutschen Turnerschaft an einem Reichsbanner-Kummel teilnimmt. Solcher Kummel sieht dann bei bürgerlichen Blättern so aus:

Patentreuz und Reichsbanner.

„Soldaten unterstützten das Gewehr vor dem Sarajewo, dem Sinnbild der Totenmillionen. Es ist tatsächlich das ganze Deutschland an der Feier beteiligt. Träger des Patentreuzes stehen neben Abordnungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, sozialistische Gewerkschaftler neben den Trupps der vaterländischen Verbände.“

(Berliner Börsenkurier vom 4. August 1924).

Nicht ohne inneren Widerstreit zwischen „Ja“ und „Nein“ kann das völkische Deutschland die Kundgebung aufnehmen, in der der Reichspräsident und der Leiter der Reichsregierung zur Sammlung für ein Kriegsgefallenen-Ehrenmal aufrufen. Denn die Sprache des Aufrufs ist unsere Sprache, sein Sinn, seine Wahrheit und sein Ziel sind unser — und die dies verkünden, sind Ebert und Marx...“

(„Deutsche Zeitung“ Nr. 339)

Und da wagt man noch denkenden Menschen gegenüber zu phrasieren, die Kommunisten sind Schuld an der Stärkung der Reaktion?!

Aber freilich, wenn Sellert in Kassel sogar für Schwarz-Weiß-Rot schwärmen darf, indem er sagte: „Wir sind stolz darauf, daß alte Vereine der deutschen Turnerschaft mit ihren alten schwarzweißroten Fahnen auf unserem Bundesfest erschienen sind. Waren doch solche Beutestücke für manche Zuschauer eine Beweisführung, daß der Zustrom aus der deutschen Turnerschaft wirklich statt-

gefunden hat", dann wundert uns die Ideengemeinschaft mit Oberst Lange und tutti quanti garnicht. Ein solcher Vorstand kann dann nicht energisch gegen reaktionäre Frechheiten ankämpfen, wie solche in Gallun zu verzeichnen waren. Dort lehnte der Schulvorstand unserem Verein die Benutzung eines Schulzimmers zu einem Fest ab, weil der Verein „die schöne alte schwarzweißrote Fahne verkauft“ und an deren Stelle „solchen roten Lappen“ angeschafft habe. Hier medert also so eine alte reaktionäre Schulziege genau so gegen unsere rote Fahnen, wie der Vorsitzende des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Kassel gegen die roten Fahnen von Spandau. Seelenverwandtschaft. Es ist eben schon sehr lange her, als Bildung in der A.T.Z. Nr. 4/1907 schreiben konnte:

1907 und 1925.

„In dem Artikel: Turnerspruch, Turnergruß, Turnerfarbe in Nr. 3 der A.T.Z. wurde der Vorschlag gemacht, das Schwarz-Rot-Gold als Bundesfarbe zu wählen. Ich glaube kaum, daß dieser Vorschlag besonderer Sympathie begegnen wird, denn die Zeit, die diese Farben geboren hat, und der Geist, dem sie entsprungen, erscheint uns heute denn doch in einem ganz anderen Licht. Wir haben ja heute das „einige Deutschland“, dem damals diese Farben galten, wir haben es leider Gottes: „Von der Waas bis an die Aemel, von der Elsch bis an den Belt“ ein einiges reaktionäres Deutschland. Da aber jene Farben unser Bürgertum an Jugendsünden erinnern, so ist bei der neuen Reichsgründung das alte Banner in die Kumpelkammer geworfen worden und hat dann später im antisemitischen Turnertum eine armselige Auferstehung gefeiert. Und das nicht ganz mit Unrecht! Unsern Antisemiten, besonders der österreichischen Spielart, ist ja das heutige Deutschland noch nicht groß genug, sie möchten ja gar zu gern Deutsch-Österreich den Hohenzollern zu Füßen legen und führen aus diesem Grunde die alten Farben.

Wir würden durch die Einführung dieser Farben in ein schiefes Licht geraten, wir kämpfen weder für ein „einiges“ noch für ein „größeres“ Deutschland; unser Ziel ist ein freies Deutschland! Für dieses Deutschland aber wüßte ich eine andre Farbe; es ist jene Farbe, von der schon F. Freiligrath in seiner Schlacht am Birkenbaum sang, als das deutsche Bürgertum noch unter dem Schwarz-Rot-Gold marschierte:

Rot, Rot, Rot! Das einige Rot!  
Kein prunkendes Wappen darauf,  
Das führt sie hinein in den jauchzenden Tod,  
Das band sie, das hielt sie zu Haus . . .

Es entspricht dies ganz der Auffassung, die heute noch die Opposition vertritt, und die Heinrich Heine von der alten Kaiserfahne des berühmten „heiligen römischen Reiches deutscher Nation“ hatte, die selbst der reaktionäre Friedrich Wilhelm IV. annehmen wollte. Darauf bezog sich Heinrich Heine sowie auf die Jämmerlichkeit der Revolution 1848:

Doch als die Schwarzrotgoldne Fahne,  
Der altgermanische Plunder,  
Aufs neu erschien, da schwand mein Wahn  
Und die süßen Märchenwunder.

Ich kannte die Fahne in diesem Panier  
Und ihre Vorbedeutung!  
Von deutscher Freiheit brachte sie mir  
Die schlimmste Mißzeitung.

## Schlafen in französischen Kasernen — Spielen auf deutschen Sipoplätzen.

Angeichts der offen vor uns liegenden Reichsbanneratsfachen wundert es uns durchaus nicht, wenn Mitglieder das Reichsbannerabzeichen in Sitzungen verschwinden lassen, wie der Vertreter von Schwedt in der Gruppensitzung von Eberswalde. Noch weniger überrascht uns das Abstreiten der Reichsbannermitgliedschaft Gellerts. Daheim schließen sie dann Vereinsmitglieder aus, die absolut nicht begreifen wollen, daß das Reichsbanner dem „Sozialismus“ von 1925 entspricht. Hat das Kassel be-  
schlossen?

Und derselbe Gellert, der, wenn er auch bestreitet, selbst Mitglied des Reichsbanners zu sein, trotz gegenteiliger Behauptung Bildungs in der Einigungskonferenz A.S.B.—R.G.D. gegenüber Dehlschläger —, die Mitgliedschaft und Beteiligung von Bundesmitgliedern an den bürgerlichen Veranstaltungen des „Reichsbanners“ ungeachtet der Entschließung 3 von Kassel für selbstverständlich erachtet, wagt auf Seite 12 des „Materials“ sich zu mokieren, daß die „von Pieste zur R.S.Z.-Olympiade (lies richtig 3. Turnfest der F.S.T.) nach Paris dirigierten deutschen Sportler „in einer französischen Kaserne geschlafen haben“. Ja, sie konnten wenigstens schlafen, ohne gestört zu werden von den Klassengenossen im Rod der Militärdienstpflicht. Bei den Bundesmeisterschaften im Turnspiel in Magdeburg hat Gellert scheinbar nichts auszusehen, daß sie auf dem Platz der freiwilligen Schupo ausgetragen wurden. Ja, noch mehr, die Turnspieler wurden zeitweilig davon gejagt — damit die Schupo spielen konnte! Also: vor eigenen Türen lehnen.

Und das ist der Boden, auf dem die Liebe zur Roste-Reichswehr und Seevering-Sipo sicher in Kassel gedieh.

## Der gekündigte Redakteur.

Für was alles Pieste und die R.S.Z. erhalten muß, um zu beweisen, daß man wahrhaftig keinen Kommunisten ausschließen will, das geht wirklich auf keine Kuhhaut. Wenn der Redakteur Dr. Franz in Leipzig gekündigt wird, muß natürlich Pieste schuld sein. Nun, überlassen wir den Fall dem Genossen Erdoth, Leipzig, der zu bedauern ist, wenn er sich auf der Bundesvorstandssitzung mit solchem, durch nichts zu überbietenden Blödsinn herum-schlagen muß. Vielleicht nimmt Erdoth dabei gleich Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß das Gedicht auf Seite 13 des Materials nur auspricht, was wir alle erstreben. Und das die „Sächsische Arbeiterzeitung“ nur damit darauf hingewiesen hat: Die Einheitsfront marschiert auch ohne die Saboteure der Leipziger Luzerner. Denn mit den Gellert und Genossen mußte doch erst im Hauptausbruch herumgefahert werden, um das Aufhängen zweier Nationalflaggen am Eingang zum Festplatz des 1. Arbeiterturn und Sportfestes in eipzig 1922 zu verhindern.

## Roter Sportring in Nürnberg.

Wenn in Nürnberg ein „Roter Sportring“ in der rechtssozialistischen Presse Anleihscheine anpreist, so ist das nach Seite 10 des „Materials“ die „Frucht der Arbeit Piestes.“ Wir hatten bis zur Notiz in der A.T.Z. keine Ahnung von diesem Gebilde, jetzt teilt uns ein Freund das mit, was wir vom „Roten Sportring“ wissen: Der f. J. 1. Vorsitzende, Karl v. Löffow, war Hauptbelastungszeuge im Kommunistenprozeß Tieh, am 8. August 1924 in Nürnberg. Die Herrschaften stehen der Gegenseite also näher wie uns.

## Sport in Industrielongernen.

Noch töstlicher wie das „Material“ ist Kreuzburg. Selbstverständlich! In der Nr. 25/1924 der A.T.Z. macht er den „Kampf der Arbeiterschaft“ dafür verantwortlich, daß die „Gessentirchener Bergwerksaktiengesellschaft“ eine Werkschule unterhält. Nach unseren Reichsbannerunterlagen wissen

wir, wer Schuld ist am Erstarken des Kapitals, aber wir wollen nicht verfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß der Firmenport von den geistigen Köpfen der deutschen Arbeitersportbewegung vertreten wird.

### Luzern und der Firmenport.

Kein anderer wie Fritz Wildung schreibt in der Nr. 4, der für die Frankfurter Olympiade herausgegebenen „Olympiade“ (also einer offiziellen Zeitung der U.S.Z.) einen Artikel „Zwei Stätten der Arbeit“, der folgende Auffassung von ihm enthält:

„In unserem modernen Zeitalter der kapitalistischen Produktionsweise sollte neben jeder großen Fabrik ein Spielplatz errichtet werden. Jeder Großbetrieb müßte durch Gesetz dazu verpflichtet werden, zu den Kosten der Errichtung und Unterhaltung der Spielplätze nach Maßgabe der Zahl der beschäftigten Arbeiter beizutragen. Jede Schule hat bei uns wenigstens einen Schulhof, auf dem die Kinder sich in den Pausen ergehen können; die Fabriken, die Raubbau am Volkstörper treiben, haben nichts dergleichen. Das Unternehmertum jammert freilich schon jetzt über ein zu hohes Maß sozialer Lasten; einseitige Vertreter von Industrie und Handel haben aber längst erkannt, daß diese Lasten sich auf verzinsen. Das Unternehmertum, das dem Grundlag: „Nach uns die Sintflut“, folgend, immer noch den Wert des Menschenmaterials nicht zu schätzen weiß, muß aber von Staats wegen zur Erfüllung sozialer Pflichten gezwungen werden; das liegt zugleich im Interesse der Volkswirtschaft, die sonst im Wettbewerb auf dem Weltmarkt erliegen muß, weil die Arbeiterkraft sonst allmählich degenieret, wenn man ihr nicht die Möglichkeit der Wiederaufrisung ihrer Kräfte gibt. Spielplätze sind bessere Vorbeugungsstätten als Sanatorien und kosten nur einen Bruchteil der letzteren.

Wann wird endlich ein Gesetz geschaffen, das der Jugend unseres Volkes Stätten der „Arbeit im Gewande jugendlicher Freude“ gibt?“

Warum, so fragen wir die Redaktion der U.T.Z., hat sie dazu nichts zu sagen? Untersuchen wir den Grund.

### Einiges zur Bundespresse.

Daß die Bundespresse die politisch einseitigste ist, die man sich denken kann, haben wir bereits in der Broschüre von Jodel und Lieske, „Bürgerlicher und Arbeiterport“, Seite 17 und 18, bewiesen. So sind wir zu dem Urteil unfähig gekommen. Der 1. Kreis ist mit sachlich ernstlichen Vorschlägen gekommen, das Einheitsorgan als Mittel der ideologischen Annäherung der Sparten wurde von uns vorgeschlagen. Inzwischen ist der Beschluß in Kassel wieder umgeworfen worden, weil das Einheitsorgan angeblich zu teuer ist. Wir sind nach unseren Kalkulationen noch heute gegenteiliger Meinung und betrachten die Nichterrichtung des Einheitsorgans wieder als einen Rückschritt. Aber nicht nur einseitig, sondern unfähig ist unsere Redaktion.

Solange diese Redaktion in der „Freien Sportwoche“ beim technischen Zeitspielen blieb, ging es noch an. Sowie aber mal etwas anderes zwischen kam, war es auch dort aus.

Erinnern wir uns jenes Artikels von W. Grieger, „Sport als Verjüngungsmittel“ in der Nummer vom 23. November 1921, in welchem der Verfasser den Lesern den formvollendeten Ansin aufstischen konnte, daß man durch Kräfteverbrauch beim Holzfällen immer stärker wird. Und der Redakteur hat keinen „Schwanz“ angehängt und dem Verfasser den Rat gegeben, er solle durch Holzfällen für seine Kräftigung sorgen.

Unser Urteil ist nicht leichtfertig gefällt worden, denn wir stehen mit unserem Urteil über die Redaktion nicht allein. Es wurde uns bereits auf dem Bundestag 1919 in Leipzig bestätigt. In der „Kommission zur Vorbereitung der Wahlen“ wurde die Unfähigkeit Kreuzburgs offen ausgesprochen. Nur weil eine Abfägung Kreuzburgs als gegen die Opposition gerichtet angesehen werden könnte, wurde die sonst als überflüssig bezeichnete zweite Redaktionsstelle doch wieder vorgeschlagen, mit Kreuzburg zu besetzen. (Lieber, Leipzig.)

### Die Wahlkommission und Lieskes Feigheit 1919 in Leipzig.

Dazu einige Erläuterungen. Kreuzburg war zu jener Zeit selbst Opposition, von den anderen gesellschaftlich völlig geächtet, wie er uns Berlinern bitter klagte. Nach dem Bundestag wurden dann sogar die Schreibtische in der Redaktion umgedreht, weil sich die Redakteure Wildung und Kreuzburg

fönllich erklärt hatte: „Lieske hat in Süddeutschland aufgefördert, das Handgranatenwerfen zu üben, um so in den Kampf der Arbeiterklasse eingreifen zu können.“ Solche Spitzelberichte liegen bekanntlich immer bei Prozeßen „zum Schutze der Republik“ vor. Dagegen wehrte ich mich im Arbeitersport, indem ich schrieb: „Ich würde über diesen, von Sozialdemokraten durchaus sehr oft gewählten Denunziationsstil — mit dem sie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Tausende der 15 000 Revolutionsopfer um die Erde geschrieben haben — verächtlich hinweggehen . . . usw.“ Klingt das nicht ähnlich wie das angezogene Zitat im Wertblatt?

Nun, heute steht mir die eidliche Aussage des Generals Wriesberg im Magdeburger Prozeß zur Seite. Der „Vorwärts“ vom 15. Dezember 1924 berichtet über die Aussage wie folgt:

„Ich möchte aber noch folgendes betonen: Eines Tages ist ein Beauftragter der Sozialdemokratischen Partei zu uns gekommen und hat um die Festnahme der Rosa Luxemburg oder einer anderen Frau ersucht. Wir haben die Verhaftung vorgenommen.

Ich war um so erstaunter, als es gerade Herr Ebert war, der dann im Reichstag uns deswegen scharf angriff und den Fall zur Sprache brachte mit der Einleitung: „Noch ein Wort zum militärischen Terror“.

Aber warum, so frage ich, hat man nicht schon in München vom Turntage den Ausschluß beschließen lassen? Warum nicht in Kassel? Das wagte man noch nicht, sondern man macht in der Methode der Gewerkschaftsbürokratie. Die Erklärung finden wir im U.T.Z.-Artikel in Nr. 18/1921: „Eine Moskauer Kampfanzeige“, wo man die Opposition noch leicht nahm und schrieb: „Nun, in Deutschland werden sie keine Seide spinnen und im Auslande laßt man über die Aufgeblasenheit ihrer Sprache“. Jetzt aber, wo sich die Mitgliedschaft nicht mehr alles gefallen läßt, wird mit der Organisation geipielt. „Ob es zu früh oder zu spät ist, werden wir sehen,“ so sagte das Bundesvorstandsmitglied Bühren einmal zum Turngenossen Zeig, Berlin.

### Das gestohlene Bild.

Eine Denunziation ist auch die Behandlung der Frage des Bildes: „Schachspiellehrstunde in Finnland“. Monatelang sieht der intelligente B. W. ein Fußballfeld für ein Schachbrett an und entdeckt die irrtümliche Unterschrift nicht. Dann denunziert man uns, wir hätten das Bild aus einem Buch der bundesvorständlichen Koalitionsbilder gestohlen. Jedoch ist es aus dem Blatt der finnischen Sektion U.S.Z.

### Der scharfe Ton Lieskes.

So könnte man allein eine Broschüre über die „gemeine Kampfweise“, die wir uns von den Bürokraten zu erst gefallen lassen mußten, schreiben. Wir wollen aber nur einige typische Proben folgen lassen:

1. Auf dem ersten und einzigen Arbeitersportkongreß in Jena nannte man uns „Fremdkörper“;
2. im Korrespondenzblatt 12/1921, „Das Moskauer Heil“, nennt man die Gründer der U.S.Z. „allesamt Gelbe“;
3. im schon erwähnten Artikel „Eine Moskauer Kampfanzeige“ (U.T.Z. 18/1921) heißt es sogar: „Die Namen der Unterzeichner des Aufrufs sind (außer Lieske) in der internationalen Sportwelt unbekannt. Wenn sie überhaupt Sportler sind, dann ist tausend gegen eins zu wetten, daß sie sich im bürgerlichen Sport betätigt haben. Diese Leute wollen über die Gründer der Arbeitersportler in Luzern, die ein klares sozialistisches Programm geschaffen haben, zu Gericht sitzen. Die ganze Arroganz politischer Emporkömmlinge kommt darin zum Ausdruck.“

Also: bürgerliche Sportler und politische Emporkömmlinge sind wir!!! Dagegen haben wir uns gewehrt, wir haben nicht geplärzt: helft uns! Seit dem Kongress in Jena sind wir Fremdkörper zueinander, aber deswegen habe ich nie die Organisation darunter leiden lassen, wie z. B. Kreuzburg, der eine Notiz zum Kreisstag deswegen nicht aufgenommen hat, weil mein Name darunter stand. Also eine ganze Organisationsarbeit kann zum Teufel gehen, bloß des Namens wegen. Sind das nicht Rindereien von Männern, die Führer sein wollen? Im übrigen mögen die Mitglieder selbst beurteilen, wer wohl am meisten Recht hat, sich über „gemeine Kampfweise“ zu beschweren. Ich wiederhole nur, was ich bereits schon in Sachen der Ruffenmannschaft (Freie Sportwoche 40/1923) auf Seite 274 geschrieben habe: „Der Bundesvorstand sabotiert nicht mehr! (Rußland, Pieste.) Pieste vermeidet „Formfehler“ in Gedanken und Gebärden! Sonst müssen beide hart bestraft werden!“

Ich aber wiederhole meine Aufforderung an den B.V. in der zweiten Fichteverammlung: Reißt die Nabelschnur, die euch so mit dem Bürgertum verbindet, auseinander, dann finden wir uns zusammen wie alle Fichteturner, für die rote Fahne gemeinsam zu kämpfen. Und wenn ihr erklärt, daß die Verbürgerlichungstendenzen in der A.T.Z. sowohl als auch in der D.A.S.Z. nicht mehr unterdrückt werden, dann erkläre ich, daß ich für meine Person keine Merkblätter mehr herausgeben werde. — Die Antwort fehlt bis heute, nur sehen wir weitere Ausschüsse.

### Ausschlußsuche.

Jetzt haben wir schon weitere praktische Ergebnisse der Ausschlußsuche. Im 1. Kreis ein Kreisverweser, Reichert, nach der Spaltungsmethode der Gewerkschaften. Im Gau Brandenburg des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ ein Gauverweser, Lau. Die revolutionären Arbeiter, die sich nicht vor Kommunisten erschrecken, die sollen ausgesemert werden. Der Präsident des Touristenvereins Wien, Böckert, der für die bürgerlichen Fußballer Oesterreichs zur Olympiade in Paris Unterhandlungen führte, ist natürlich ehrenhaftes Mitglied geblieben, obwohl wir in Kassel dieses gebrandmarkt haben. Das kennzeichnet die Einstellung der Luzerner Führer zur Bourgeoisie. Wenn es nach dem Führer der „wissenschaftlichen Revolutionäre“ im internationalen „Touristenverein“ geht, dann werden sie auch einmal jenem Manne recht geben müssen, der da seufzte: „Ich weiß nicht, — ich bin doch nun ein wahrer Sonnenanbeter, aber meine Götzen sind die reinen Mondfäßer.“

Der durch seine rein bürgerlichen Tendenzen unruhigst bekanntgewordene Arbeiter-Samariterbund hat in Westdeutschland 40 Mitglieder auf einen Schlag hinausgeworfen. Es war in Kassel mit einem Vorstoß der Kommunisten zu rechnen, sagte Gröger in seiner Zeitung und fügt hinzu: „An und für sich braucht eine gesunde Organisation derartige Vorstöße nicht zu fürchten. Im Gegenteil, sie können unter Umständen vorwärtstreiben und befruchten.“ Die Führer Luzerns wollen nichts vorwärtstreiben und befruchten lassen, sie wollen hemmen. Deshalb müssen die Kommunisten raus aus den Organisationen! Kommunisten sind aber für diese Leute alle, die mit der R.S.Z. sympathisieren. Statt Einheit, Abstoß der R.S.Z.-Anhänger. Und da sehen wir deutlich die Linie: Wo Kommunisten prominente Ämter haben, werden sie ausgeschlossen: Pieste-Berlin, Kallisch-Wien, Schmidt-Nürnberg, Geiger-Mannheim usw., Naturfreunde-Brandenburg, A.S.B.-Westdeutschland. Inzwischen erlauben sich die Blätter der anderen Verbände Anrempelungen ihrer Kommunisten, um sie so herauszufinden und — auch auszuschließen.

Alles bestreiten hilft nichts. Seit Kassel gehen die S.P.-Anhänger blindlings nach der Hepparole in Kassel vor. Ein typischer Fall von Blindheit ist in Eisen passiert. 40 Sozialdemokraten treten aus dem Verein aus und verlangen dann durch ihre Stadtverordnetenfraktion, daß der Verein

von 500 Mitgliedern aus den Turnhallen fliegen soll, damit die 40 darauf Beschlag legen können. Demokratie, wie man sie auffaßt, die aber einer sozialdemokratischen „Demokratie“ entsprechen muß, denn die S.P.D.-Fraktion gab sich dazu her, wenn auch erfolglos.

Aus der Fülle der uns betanntgewordenen ähnlichen Fälle, sollen nur die Nürnberger Fälle finden, weil sie uns einerseits den Weg zeigen, der gegangen werden soll und andererseits uns den Beweis liefern, daß der Bundesvorstand gar nicht daran denkt, bloß einen „Fall Pieste“, beiseite aber keine Kommunisten erledigen zu wollen.

In Nürnberg beruft die K.P.D. eine Wahlversammlung für Sportler ein. Zwei Bundesmitglieder referieren in der Versammlung. Prompt erfolgt der Ausschluß der Genannten. Natürlich wegen — Propagierung der R.S.Z., wegen der Versammlung? Aber wer kann so etwas denken? Aber deshalb, weil sie Anhänger der R.S.Z. sind? Ja, da besteht kein Bundesbeschuß, der solche Ausschüsse rechtfertigt. Und nun haben sich die Genossen beim Bundesvorstand beschwert. Was ist zu tun? Aha, ein Lump, der keinen Ausweg weiß. Wo kein Beschluß ist, wird einer geschaffen, sagte der Bundesvorstand am 22. 12. 24 und beschloß:

„Der Bundesvorstand beschloß ferner: Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes dürfen nicht zugleich tätige Mitglieder der R.S.Z. sein.“

Obiger Beschluß wurde gegen eine Stimme, die Absätze 2 und 3 in demselben Stimmverhältnis mit je einer Stimmenthaltung angenommen.

Bums, damit ist der Fall Nürnberg erledigt. Wer es nicht glaubt, der lese in Nr. 1 der A.T.Z. den Schlußsatz des Protokolls:

Eine Bezirksvertreterkonferenz des 7. Kreises hatte im Sinne des Absatzes 3 obigen Antrages bereits einen Beschluß gefaßt. Infolgedessen sind drei Nürnberger Genossen, die eine öffentliche Sportlerversammlung mit der Tagesordnung „R.S.Z. und A.S.Z.“ abgehalten haben (wir sagten bereits, daß es eine Wahlversammlung der K.P.D. war) ausgeschlossen worden. Die drei ausgeschlossenen Mitglieder haben beim Bundesvorstand Beschwerde gegen ihren Ausschluß eingereicht. Der Bundesvorstand erklärt, daß nach den Beschlüssen der Bezirksvertreterkonferenz des 7. Kreises der Ausschluß zu Recht erfolgt sei, der Beschluß der Bezirksvorsteherkonferenz aber sich durch die Tätigkeit der R.S.Z.-Mitglieder infolge der vom Bundesstag angenommenen Resolution Nr. 4 notwendig gemacht habe. Dadurch ist die Beschwerde der drei ausgeschlossenen Mitglieder gegenstandslos. Der Bundeschriefführer: Richard Ellrodt. Der Bundesvorsitzende: C. Gellert.

So schafft sich der Bundesvorstand die Paragraphen für das Kesselstreben gegen Mitglieder der K.P.D. Und es ist in Bayern durchaus in der Ordnung, wenn sich die Luzerner auf diese Art mit der Polizei identifizieren, die ihrerseits die Flugchrift beschlagnahmt hat, die von den Ausschlossenen herausgegeben wurde.

Wir zweifeln nicht, daß der „parteilich neutrale“ Bundesgenosse Oberle, Freie Turnerschaft Nürnberg-Süd, nicht ausgeschlossen wird. Er ging zwar nicht in seine Partei, um dort seine Wahlpropaganda zu machen, sondern er steckte am 6. Dezember 1924 bei der Weihnachtsfeier den pyramidenbauenden Jugendlichen schwarzrotgelbe Fahnen in die Hand, mit der Aufschrift: „Wählt Sozialdemokraten!“ Dafür muß nun wieder ein Genosse der kommunistischen Jugend büßen. Knopf ist sein Name, von dem der Hauskassierer die Mitgliedskarte verlangte, weil er ausgeschlossen sei. Warum? Ja, das wußte der Hauskassierer auch nicht. Ja, ja, jetzt hängen die Nürnberger auch schon den, den sie nicht haben. Die Zeiten sind eben wandelbar.

Aber damit der Humor nicht ganz fehlt, hat man mit den Versammlungsverbrechern auch gleich einen Jugendlichen hinausgeworfen. Kein Mensch weiß, warum. Was nun tun? Verwaltungsmitglieder treten an ihn heran und erklären, daß er tatsächlich zu Unrecht ausgeschlossen sei. Man wolle beim Bundesvorstand für seine Wiederaufnahme eintreten. Also — er muß einen Revers unterschreiben —! Na, wir kennen ja den Dreh.

## Piese will die Politischerklärung des Bundes.

„Piese will die Politischerklärung“, las ich einmal in der A.T.Z. Kreuzburgs. Hier wird auf die Nichtleser der A.T.Z. oder auf das kurze Gedächtnis der Leser spekuliert. Denn Politischerklärungen sind ja bereits vor Jahren erfolgt, und gerade dort, wo man sich am neutralsten verhalten hat. Die Opposition hat im Gegenteil schon 1920 im „Arbeiterport“ vom 9. Juni auf diese Gefahren aufmerksam gemacht. Im Artikel „Der Geist des alten herrlichen Kriegsheeres“ machten wir auf ein „streng vertrauliches“ Gewerkschaftsverzeichnis und der „Bereine mit R.V.D.-Tendenz“ aufmerksam, das vom Wehrkreiscommando IV in Münster aufgestellt worden war. Darin teilten sich „Solidarität“ und „Arbeiterturnerbund“ die blödsinnige Spiegelbemerkung: „Soll zur roten Garde gehören.“

Was hat der Bundesvorstand zwecks Vorbeugung unternommen? Er hat nicht einmal der Mitgliedschaft Kenntnis davon gegeben! Warum? Nun, das könnte geeignet sein, die Schwarzweißroten im Bunde erfreut, die Schwarzrotgoldenen gelb und die Roten aufgepeitscht werden zu lassen. So etwas könnte „geeignet“ sein, das gute Einvernehmen innerhalb der Mitgliedschaft eines Arbeiterportvereins zu unterbinden“, saut ein Antrag des Vorstandes des Schwimmervereins „Welle“, der sich gegen sogenannte Zellenbildung richtet. Also, lieber nichts verraten, das könnte ja zur Entlarvung der ganzen konterrevolutionären Politik in Deutschland beitragen, die seit 1918 zum Schaden der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen getrieben wird. Der Vorsitzende ist ja Bundesvorstandsmitglied, aber gegen die bürgerlichen Zellen wird er keinen Antrag einbringen. Es ist nur durch Telegramm verhindert worden, daß „Welle“ mit seinem Vorsitzenden Bu d nicht mit Bürgerlichen gefilmt worden ist.

Das steht auf derselben Höhe, wie die Einladung des Oberbürgermeisters Böß zur Bootstaupe beim „Vorwärts“-Ruderklub.

Was müssen wir politisch verlangen? Nichts weiter, als was vor dem Kriege schon war! Zuerst eine weitgehende Aufklärung der Mitglieder durch die Presse auf unserem Gebiet, dem sozial- und erziehungspolitischen. Aus dem Referat Zenthens im Protokoll Kassel, ist mancher Jammer zu erschen. Damit deckt sich auch, was der preussische Landtagsabgeordnete Kilian in der Sitzung vom 2. Oktober 1924 ausführte:

„In der Schrift von Franzen, die neulich hier verteilt worden ist, wird angeführt, daß ernährungsphysiologisch auf den Menschen 70 Kilogramm Fleisch im Jahre kommen müßten. Es ist weiter festgestellt, daß in der Vorkriegszeit ein Verbrauch von reichlich 50 Kilogramm zu verzeichnen war. Natürlich mit Differenzen; von reichen Leuten sind bis zu 100 Kilogramm verzehrt worden, in den Weberdistrikten wie in Schlesien und Sachsen, nur 15 bis 20 Kilogramm. Der Rückgang aber in den letzten Jahren von der Kriegszeit ab ist geradezu katastrophal. Der Fleischverzehr betrug im Jahre 1921 nur noch 50,50 Prozent, die Hälfte von dem, was 1913 verzehrt wurde. Wenn ich eben sagte, daß die proletarischen Distrikte einen Verbrauch von 15 Kilogramm hatten, wird auch hier nur die Hälfte verzehrt worden sein, also höchstens 10 Kilogramm. Die Zahlen für die Städte allein betrachtet, ist der Rückgang des Fleischkonsums noch katastrophaler. 1921 war der Rückgang gegen 1913: 38,94 Prozent, 1922: 43,25 Prozent, also nur noch ein Drittel des Fleischverbrauchs vom Jahre 1913!“

Es gibt Leute, die dabei noch Humor besitzen und das viel kürzer sagen können. So las ich in einem Berliner Witzblatt den Ertrag des Chemannes zur Frau: „Außer deinen zwei Daumen ist noch kein Stück Fleisch in die Suppe gewieken!“ Wir müssen Forscher sein auf dem Gebiet solchen „Vegetarismus“ der Arbeiterklasse, weil unsere Arbeit Sympthysarbeit ist bei solchen Zuständen und weil die Parteien nicht auf allen Gebieten „spezial“ sein können. Dann müssen wir die Arbeiterparteien veranlassen, für unsere

Interessen zu kämpfen. Lehnt eine ab, müssen wir sie desavouieren! Das will der Bundesvorstand verhindern, deshalb auch die Ablehnung der Referate und Korreferate über „Achtstundentag“ und „Jugendwohlfahrtsgesetz“.

## Jugend-„fürjorge“.

Es wäre nämlich interessant gewesen, gleich vor den Delegierten in Kassel zu beweisen, daß auch das „Jugendwohlfahrtsgesetz“ z. B. nichts an der Praxis der „preussischen Fürjorgeerziehung“ ändern wird, denn sie richtet sich ja nicht gegen Kommerziantensöhne und -töchter, sondern gegen Proleten. Hier einiges aus der Praxis dieser „Fürjorge“: Nach der letzten Statistik waren in Preußen am 31. März 1923

Jüglinge in „Fürjorge“ des Staates . . . . .	61 583
davon in Anstalten . . . . .	25 860
in Familien, Dienst oder Lehranstalt . . . . .	30 540
anderweitig . . . . .	5 183

Für die in Anstalten untergebrachten Minderjährigen sind vorhanden:

4 staatliche Anstalten mit . . . . .	430 Plätzen
31 Provinzanstalten mit . . . . .	4 300 „

Insgesamt 4 730 Plätzen

Von den 25 860 Minderjährigen sind also rund 21 000 in privaten Anstalten, d. h. solchen der Kirche untergebracht. Die in Familien, Dienst- oder Lehrstellen untergebrachten sind Ausbeutungsobjekte, in den meisten Fällen für die Landwirtschaft.

Verausgabt wurden für die 61 583 Jüglinge im Jahre 8 000 000,— Mark, d. i. auf den Kopf im Durchschnitt zirka 130,— Mark.

Wie diese Fürjorge aussieht, zeigt der Erlaß vom 10. Februar 1923 betreffs Strafbestimmungen der Fürjorgeanstalten.

Als zulässige Strafen werden darin bezeichnet für Schulpflichtige: Entziehung des Brotaufstriches beim zweiten Frühstück und Vesper bis zu drei Tagen, Verlust von Freistunden, Spaziergängen, Spiel unter Verrichtung einer als Strafe empfundenen Arbeit, Körperliche Züchtigung mit Hasel- und Rohrstock von ein Zentimeter Stärke bis zu zehn Hieben auf das bekleidete Gesicht. Für nicht mehr schulpflichtige Jüglinge (also solche bis zu 21 Jahren): Entziehung des Brotaufstriches wie oben bis zu sieben Tagen, ebenso Verlust von Freistunden, Arrest in geschlossener Einzelzelle bis zu sieben Tagen unter Gewährung einer Matratze und Decke als Nachtlager, daneben Einschränkung der Betöstigung auf drei Mahlzeiten, körperliche Züchtigung mit Hasel- oder Rohrstock von ein Zentimeter Stärke bis zu zehn Hieben (je nach der vorhandenen sadistischen Veranlagung des Prüglers. Vlest.) auf das nur mit einer Unterhose bekleidete Gesicht. Bei weiblichen Jüglingen ist körperliche Züchtigung zulässig bis zum 16. Jahr (mit oder ohne Hosen? Der Segerlehrling). Das sind keine Ergründlichkeiten der Reaktion, sondern Sozialdemokraten „vergessen“ sie abzuschaffen, wie sie bestehen ließen die Verordnungen und Ministerialerlasse von 1808, 1817 und 1834, auf Grund deren in der Vorkriegszeit Politischerklärungen erfolgt sind. Und wenn heute, in der „freien Staatsform“ wieder solche Vorstöße erfolgen, dann soll man nicht die Opposition oder mich dafür verantwortlich machen wollen. Das ist Spiegelgeschichte.

Kommunistische Anträge auf grundsätzliche Neuregelung wurden von allen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten abgelehnt! Dagegen anzukämpfen, das ist unsere politische Aufgabe. Wer sie ablehnt mit der Angst vor der Politischerklärung, dient der Reaktion, nicht der sie fordert. Gegen solche Vorstöße muß man die Arbeiter aufrufen!

Der A.D.G.B. wählte doch — vor den Wahlen — den Klassenkampf ins Parlament tragen, warum tut er es nicht? Aber bei ihm ist „der beste Kampf gegen die Unternehmer, der Kampf gegen die Kommunisten“. Und

diesen Kampf gegen die Kommunisten haben Willert und Gellert in Kassel offen proklamiert, da hat man keine Zeit für den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie. So hat die Sozialdemokratie seit 1918 dem Kapital den Platz gehalten und wird scheinbar nicht einmal durch eigenen Schaden klug.

Gerade jetzt, nachdem das „Reichsbanner“ die Arbeiter aufgefördert hat, Zentrum zu wählen, macht es mit seiner Klasse eine schwarzweißrote Regierung auf. Der Kappist Schiele an der Spitze. Die sozialdemokratische Führerschaft weiß nichts anderes zu sagen als wie im Leitartitel der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 16. Januar 1925:

„Der Kampf gegen den Bürgerblock ist zugleich der Kampf gegen die Kommunisten. Kampf gegen die soziale Reaktion war immer zugleich Kampf gegen den Unverstand der Massen, gegen den schlimmsten Feind der Arbeiterschaft im eigenen Lager. Das ist die Erkenntnis, zu der die ganze Arbeiterschaft gelangen muß, wenn sie in den Kampf gegen den Block der sozialen Reaktion eintritt.“

Und solche politische Narrheit soll „Kampf gegen den Unverstand der Massen“ sein, und vor den Folgen solcher Narrheit soll die Opposition schweigen? Und nun behauptet man sogar, daß, wenn sich die Arbeiter einig wären, diese Narrheit für Klugheit anzusehen, dann wären sie ein stärkeres Bollwerk gegen die Reaktion! Nein, was noch nicht in den „Unverstand der Massen“ eingereicht ist, will eine Clique von Führern hineinzwingen. Der Opposition und den Kommunisten die Aufklärung der Arbeitsbrüder verbieten zu wollen, können nur Bürokraten unternehmen, die sich des Unverstandes der Massen dazu bedienen. Der alte Spötter Heinrich Heine hat auch hier eine Parallele in seiner „Deutschlandreise“ uns hinterlassen:

Gar manche, die ich als Kälber verließ,  
Fand ich als Ochsen wieder.  
Gar manches kleine Gänschen ward  
Zur Gans mit stolzem Gefieder.

Die Dame „Hamburg“ aber rüffelt ihn:

Nur daß du meine Söhne so oft  
Genergelt, ich muß gestehen,  
Hat mich zuweilen tief verlehrt.  
Das darf nicht mehr geschehen.

Sie verlangt von Heine, was jetzt von Kommunisten verlangt wird:

Es hat die Zeit dich hoffentlich  
Von solcher Unart geheilet  
Und dir eine größere Toleranz  
Sogar für Narren erteilt.

#### Die „vernünftigen“ Kommunisten.

So weit dürfte selbst die Toleranz der sogenannten „vernünftigen“ Kommunisten nicht gehen, die von Gellert sowohl als auch von Willert gegen Lieske in hoher Schule vorgeritten werden. Nach Ausführungen Ws in der Funktionärskonferenz von „Solidarität“ am 11. Januar 1925 in Berlin, steht schon die Hälfte aller Kommunisten auf sozialdemokratischem Standpunkt und „beschwert sich über ihre Partei bei Willert.“ Wenn jemand Mitglied einer Partei ist, wird er nicht heibleiben, wenn es ihm nicht paßt. Das müssen schnurrige „Kommunisten“ sein, die ausgerechnet durch Willert eine Wendung — in der R.P.D. — herbeizuführen gedenken. „Wäre der Gedanke nicht verflucht gewesen, man ihn versucht, ihn herzlich dumm zu nennen.“ Die Willert wollen die Kommunisten durcheinandertrudeln! Vergeblich, ihr Herren! Jeder Kommunist weiß, daß, wenn Reformisten etwas über einen Kommunisten oder die R.P. loslassen,

man in 99 von 100 Fällen aufgelegten Schwindel vor sich hat. Er wird sich also erst anderweitig nach der Richtigkeit reformistischer Behauptungen erkundigen, denn bei Willert, Gellert und Genossen käme er aus dem Regen unter die Traufe.

Aber es gibt auch Sozialdemokraten in der Partei der Kommunisten. Das sind nämlich die sozialdemokratischen Parteispitze. Eine würdige Ergänzung des Denunzianten Willert. Das alles gehört zum Handwerk der Reformisten, die ihre Aufgabe unter allen Umständen erfüllen müssen: weitere Zertrümmerung der organisatorischen Kraft der Arbeiterklasse. Deshalb ist auch der Fall Bund—Fichte—Lieske schon von der R.A. inszeniert. Hier der Beweis.

#### Die Zentralkommission Ausschlußbefehlshaber (aus der D.A.S.Z., Sitzungsbericht).

Neben dem Abbruch der schriftlichen Einigungsverhandlungen in Wien, der nach dem „Vorwärts“ vom 30. September 1924 einstimmig „auf Vorschlag der deutschen Delegierten“, also Gellert und Willert, erfolgt ist, die doch immer ihre Sympathie für die Einheit geheuchelt haben, wurde aber auch gleich die Spaltungsoffensive beschlossen. Durch die darauf folgende Sitzung der R.A. ist dann auch mein Ausschluß befohlen worden. Willert sagt in der D.A.S.Z. Nr. 10/1924 dieses ganz klar. Klar war man sich auch darüber, daß man die Bewegung zertrümmern will.

„Die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege, die im Anschluß an die internationale Sitzung in Frankfurt tagte, hat sich nicht nur mit den Beschlüssen der Internationale vollkommen einverstanden erklärt, sondern weiterhin beschlossen, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund nahezufragen, Lieske aus dem Bunde und damit aus der Arbeiter-Sportbewegung zu entfernen. Es wird Aufgabe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes sein, wie er diesem berechtigten Verlangen nachkommen will. Die Gesamtbewegung kann es unmöglich weiter dulden, daß derartige Leute berechtigt sind, im Namen der Arbeiter-Sportbewegung aufzutreten. Die Zentralkommission ist sich bewußt, daß damit der Entscheidungsschritt auf der ganzen Linie entbrennen wird; sie ist aber der Ansicht, daß dieser Kampf nicht länger mehr hinausgeschoben werden kann, wenn nicht die Gesamtbewegung unermesslichen Schaden erleiden soll. Alle Verbände werden sich mit dieser wichtigen Lebensfrage in nächster Zeit befassen müssen, damit in allen Verbänden eine gleichmäßige Behandlung und Lösung erfolgt.“

Damit ist die Leitung der Spaltung und Verhinderung der Vereinigung der beiden Internationalen in die Hände der deutschen Vertreter der R.S.Z. übergegangen. Waren die Belgier zu schwankend im Zerlöppern der Organisation?

#### Zur Frage R.S.Z.

Damit sind wir bei der R.S.Z. angelangt. Ueber die „Rote Sport-Internationale“ erscheint in Kürze eine besondere Broschüre. Deshalb sollen nur einige markante Sachen Platz finden. Geradezu auffallend sind die Zweideutigkeiten der Luzerner Führer. Erst ist Karlsbad schuld, das die Einladung der R.S.Z. nicht erfolgen kann. In der schon erwähnten Sitzung von „Solidarität“ erklärte Willert aber: Seit Ausschluß Lieskes ist eine Beteiligung der R.S.Z. unmöglich. Jetzt ist also der Ausschluß Lieskes schuld? Vor Tisch hieß es in einem Schreiben Willerts an ein Kartell: Die R.S.Z. wird nicht nach Frankfurt eingeladen und wenn noch soviel protestiert wird!“

#### Belegung des Briefgeheimnisses.

Vor keinem Mittel wird zurückgeschreckt, selbst das Briefgeheimnis gilt nicht mehr. Dem Genossen Killich, Wien, ist vor seinem Ausschluß die Privatkorrespondenz mit Genossinnen „abhanden“ gekommen. In der ersten Fichteversammlung sagte Gellert: Fobell blieb es vorbehalten, über die erste Fichteversammlung ans Ausland zu berichten, daß Lieske über Gellert einen rhetorischen Erfolg gehabt hätte. Worin lag wohl dieser Erfolg? Sicher in seinen Worten: Die Lüge ist dem Bundesvorstand Tradition geworden.“ Dieser Brief ist sicher auch nicht allein nach Leipzig gelaufen. So kann man

sich seinen Vers daraus zu machen. Und das um so mehr, als mir selbst eine mir zugelandte Kopie eines Briefes Gellerts nach Finnland in Kassel unterschlagen worden ist.

### Dreiste Behauptungen.

Daneben seien nur einige dreiste Behauptungen des „Materials“ widerlegt, die sich auf Seite 11 befinden. Wir lesen dort: „1. Vertreter der R.S.J. waren auf unseren Tagungen und haben auch schon an Besprechungen wegen der Frankfurter Olympia teilgenommen.“ Das ist in der Form nicht wahr. Man hat in Frankfurt abgelehnt, uns zur Sitzung des Plenums zuzulassen. Dieses aber hat allein in unserer Abwesenheit über die Olympia beraten!

2. „1923 fand in Rußland ein Kongreß der R.S.J. statt.“ Das ist noch weniger wahr! Der Kongreß tagte 1922 und sagten mir französische Luzerner persönlich im Volkshaus zu Leipzig: wir haben kein Mandat für Berlin. So tam nur die Opposition.

3. „1923 war in Petersburg eine Olympiade der R.S.J.“ „Das ist aus den Fingern gelogen!“ Zu einer Olympiade der R.S.J. wird alles eingeladen. Wers erlebt, wirds sehen!

4. „1924 eine Olympiade in Paris.“ Nein, aber das 3. Turnfest der F.S.L.!

5. Konnte also der Bund oder die U.S.J. nicht eingeladen werden.

6. Aber der russische Delegierte Nikolajeff hat in Kassel Luzern öffentlich nach Moskau zu einer Besprechung eingeladen. (Siehe Protokoll Seite 5.) Doch bei der Gegenseite schweigen darüber noch alle Flöten!

### Die R.S.J. eine kommunistische Internationale.

Aber trotzdem kann Bildung in der D.A.S.J. Nr. 1/1925 das Aufstellen wissentlich falscher, von der R.S.J. wiederholt korrigierter Behauptungen nicht lassen. Daß im Artikel „Die nächste internationale Spartakiade“ die R.S.J. eine „kommunistische Sportinternationale“ ist, ärgert uns nur, weil es nicht wahr ist. Dem Luzerner Büro ist aus immer wiederkehrende Behauptungen gleicher Art schon sehr lange mitgeteilt worden, daß in der russischen Sektion 15 Prozent und in der tschechischen Sektion 26 Prozent der Mitgliedschaft kommunistisch organisiert sind. Darauf wurde das Wort geprägt: „Also in der R.S.J. sind bloß 25 Prozent organisiert, alles andere ist zusammengelaufenes Zeug.“ Wie mans macht, ists falsch, sagt ein altes Wort. Darum ist bei den Luzernern diese Manie nur pathologisch zu erklären. Aber interessant wäre eine Statistik über die Zugehörigkeit der Mitgliedschaft von Luzern zu Partei und Gewerkschaftsorganisation.

### Norwegens Teilnahme am Luzerner Kongreß 1922.

Die olle Kamelle von der Teilnahme der Norweger an der Luzerner Konferenz 1922 ist auch wieder zu finden. Für Gedächtnischwache sei daran erinnert, daß Genosse Thorson schon einige Wochen später per Brief mitteilte, daß seine „Teilnahme“ in dem unter anständigen Menschen üblichen Abschiednehmen von einer Viertelstunde bestand.

### Der („junge Mann“) Lieskes — eine Retourkutsche.

Den Generalsekretär der R.S.J. Reuhner nennt Bildung den jungen Mann Lieskes, weil die Briefe durch die Hand Lieskes gehen. Unter „Liebe zu Rußland“ haben wir bereits den Grund des Briefverkehrs angegeben. Deshalb kann Bildung nur beabsichtigen, eine Retourkutsche von der Kreisvertreterkonferenz am 22. und 23. Juni 1923 einfahren zu wollen. Dort spielte sich folgendes Intermezzo ab:

Lieske (zu Gellert): „Was hat der Vorsitzende der J.A., den der Arbeiter-Turn- und Sportbund stellt, überhaupt zu sagen, wenn der Sekretär macht, was er will?“

W i l d u n g (erregt auffahrend): „Ich bin nicht Sekretär von Gellert!“

L i e s k e (zu Gellert): „Nun, dann bist du wohl Sekretär von Bildung?“

Da bis heute noch keine Antwort von Gellert erfolgt ist, wirds schon stimmen. Wir könnten uns also die Hand reichen, wenn Bildung mit dem „jungen“ Mann Lieskes recht hätte: jeder hat dann eben seinen „jungen Mann“.

### Ein Brief, der „Solidarität“ nicht erreichte.

Selbstverständlich muß auch der Brief betr. Kadlieferung nach Rußland im „Material Fall Lieske“, Seite 15 des „Materials“, wieder erscheinen. Da bekenne ich mich schuldig, zu naiv gewesen zu sein. Denn ich mußte wissen, daß bei Briefen an die Spitze des Arbeiter-Kadfabrikbundes „Solidarität“ nicht der Absenderstempel genügt, sondern, daß man mit Offenbach nur per Einschreibebrief verkehren darf.

Aber wir warten immer noch auf die Veröffentlichung des Briefinhalts der „Freien Turnerschaft Groß-Berlin“ an die Firma Dietrich & Hannack, Chemnitz, worin die Firma um die Berliner Vertretung angegangen worden ist. Vielleicht können wir aus dem Inhalt lernen, welcher „Sauerdenton“ im Geschäftsverkehr von dem „Kinde des Bundesvorstandes“ als angebracht erachtet wird.

### Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft U.S.J.—R.S.J.

Wenn es dem Bundesvorstand tatsächlich um eine Arbeitsgemeinschaft angekommen wäre, warum hat er sich nicht eingeleitet für den Ablass 3 der Entschließung zum Referat R.S.J. in Kassel (Seite 25 des Protokolls):

3. Gleichviel wie die Abstimmung ausfällt, bedeutet sie nicht den sofortigen Anschluß an die R.S.J. in organisatorischer Beziehung. Der Bundestag bestimmt aber, daß der neue Bundesvorstand insofern zur R.S.J. in Beziehung tritt, daß umgehend mit ihr über gemeinsame Aktionen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes und der R.S.J. beraten wird. Die Lage der deutschen Arbeiterklasse und mit ihr der Arbeitersportbewegung ist der zwingende Grund dazu.

### Warum bekämpft ihr uns?

Die Beantwortung dieser von Gellert in Kassel, sich dummstellend, aufgeworfenen Frage trägt in sich ein Stück „Arbeitsgemeinschaftsdiskussion“. Haben wir nicht auf der Kreisvertreterkonferenz 1923 den Vorschlag des gemeinsamen Kampfes gegen die Faschistenparade der „Deutschen Turnerschaft“ in München gemacht? War das Resultat nicht eine Resolution der Kampfpflichtung gegen die Bourgeoisie? (Abgedruckt in der U.T.Z. Nr. 13/1923). Ja, das war sie, trotzdem ihr den Entwurf Ellrodt-Lieske umgehogen habt. Habt ihr euren jetzt so gut funktionierenden „Pressedienst“ in diesem Kampf gemäß dem Resolutionsinhalt in den Dienst gestellt? Habt ihr die Arbeiterorganisationen aufgerufen?

Was tat die R.S.J. dagegen! Obwohl mit der umgehogenen Resolution nicht in allem konform gehend, setzte sich das Berliner Büro der R.S.J. sofort mit S.P.D., U.D.G.B., K.P.D. und U.S.P.D. und deren Presse in Verbindung. Der U.D.G.B. stellte sich dumm, die S.P.D. schwieg, lediglich die K.P.-Presse stellte sich in den Dienst!

Weiter. Hat die französische Sektion der U.S.J. nicht die Einladung der französischen Sektion der R.S.J. abgelehnt, an einer Gegenemonstration gegen die bürgerliche Olympiade in Paris teilzunehmen? Weil ihr ablehnt, den Kampf gegen die Bürgerlichen zu führen, deshalb muß euch jeder Revolutionär betämpfen!

die der 3. Weltkongress der K.S.Z. beschlossen hat, bedrückt dann die „Schriftleitung“ derselben Nummer. „Obwohl die K.S.Z. beabsichtigt, zu dieser Veranstaltung die Luzerner Internationale mit gleichen Rechten zuzulassen“, fragt sie. Es ist gut, daß W i l d u n g im vorher erwähnten Artikel bezüglich der K.S.Z. sagt: „Man wollte uns vor den Augen der Welt blamieren, indem man die Olympiade zu einem Affentheater à la Reichstag herabzuwürdigen gedachte.“

Ohne zu wissen, was die Exekutive beschließen wird, glaube ich aber bestimmt sagen zu können:

1. Die K.S.Z. wird alle Arbeiter-Sportler einladen! Damit wird sie am besten die verlogene Behauptung ad absurdum führen, die K.S.Z. habe eine Arbeitsgemeinschaft mit Luzern abgelehnt. Gerade eine gemeinsame Olympiade ist eine erste Arbeitsgemeinschaft und notwendig, die Vereinigung beider Internationalen vorzubereiten.

2. Wird die K.S.Z. sicher nicht ablehnen, teilnehmende Verbände zu Vorberatungen heranzuziehen, denn für die K.S.Z. ist das keine Frage der „Gleichberechtigung“, also des Prestige. Es ist aber eine Frage der Vorbereitung. Denn da die Anhänger der K.S.Z. nicht so stolz auf schwarzweisse oder andere nationale Farben sind, wie manche rührer Luzerner, ebenfalls dem auf Luzerner Veranstaltungen begegneten bürgerlich-nationalen kitsch skeptisch gegenübersehen, wird jeder vernünftige Mensch einsehen, daß ein Karneval verhindert werden muß. Deshalb wird es jedenfalls die K.S.Z. umgekehrt machen wie die Luzerner Führerschaft, damit — um die Worte Wildungs zu gebrauchen — aus der Spartakiade kein „Affentheater à la Reichstag“ wird.

Darüber hinaus seid ihr Hemmschuhe der Vorwärtsweltentwicklung. Paul Bierig schrieb in der N.T.Z. Nr. 13/1923 unter „Neue Ziele“: „Fort mit dem Alten, wenn es morsch ist. Neues, Besseres laßt an seine Stelle treten. Das erfordert natürlich Kampf, denn das Alte will nicht weichen, obwohl das Neue drängt. Dieser Kampf dauert um so länger, je gleichgültiger und teilnahmsloser die Masse ist, die wohl das Neue möchte, aber abseits stehen bleibt und wartet, bis der Kampf zu ihren Gunsten entschieden ist.“

Ihr stellt euch dem drängenden Sturm entgegen. Mit Kautschuttschlägen sollen die Dränger aus der Organisation entfernt, die abseits stehende Masse nicht aufgeklärt werden. Muß die Menschheit sich nicht gegen solche Hemmschuhe wenden?

### Resümee.

Das ganze Gehaben der Luzerner Bürokraten entspricht der antibolschewistischen Agitation der 2. Internationale, die mit den russischen Konterrevolutionären und den Ententestaaten zum Kriege gegen Rußland rüht. Den Besiegten wird die Vergrößerung ihres stehenden Heeres zugestanden, wenn sie sich zum Kampfe gegen Rußland hergeben. Im Augenblick sehen wir die Verbindung der Balkanstaaten zu diesem Zwecke. Auch Deutschland sind indirekte Angebote seitens der Entente gemacht worden. Auf dem Märzkreistage 1923 sagte ich: „Es besteht die Gefahr, daß ihr wieder das große Heer derjenigen stellt, die auf Kommando bürgerlicher Offiziere aus Sportlicherreisen in den Krieg ziehen und wieder das Befehlswort ausgenützt wird: Wenn es gegen den Faschismus geht, dann nehme ich als erster die Plinte auf den Buckel.“ Durch die gekennzeichnete politische Situation auf dem Balkan scheinen wir den Zeitpunkt schon sehr nahe zu sein, wo diese Ausrufung zutrifft. Ideologisch ist doch dazu vorgearbeitet, denn für einen richtiggehenden Sozialdemokraten ist Faschismus und Bolschewismus ein und dieselbe Sache. Organisatorisch wird im Reichsbanner vorgearbeitet, damit, wenn die Ententekolonie Deutschland das Aufmarschgebiet gegen Rußland wird, wieder einmal die nötige Anzahl „Landeskinder“ an England und tutti quanti dem „Landesvater“ verkauft wird, wie es weiland im 18. Jahrhundert der heilige tat.

### Daraus ziehe ich den Schluß in der vorgelegten Resolution:

„I. Die Verschärfung der Klassengegensätze nimmt seit 1918 ständig zu. Der moderne Kapitalismus ist in das von Karl Marx vorausgesagte Entwicklungsstadium der Konzentration des Kapitals in wenige Hände getreten. Er hat nur noch eine Existenzmöglichkeit in der internationalen Ausbeutung des internationalen Proletariats, d. h. in der immer fortschreitenden Verelendung des letzteren.“

Zwecks Durchsührung seiner neuen Tendenz zerbricht der moderne Kapitalismus selbst die nationalen Grenzen, die früher als „unabänderlich“ und „im Interesse des Volkes liegend“ den Arbeitern gepredigt wurden. Jedes Erziehungsmittel ist ihm recht, den Klassenbild der Arbeiter für ihre Interessen zu trüben.

Geht erst der nationale Chauvinismus als höchste Sittlichkeit, so soll jetzt das Gegenteil, der Pazifismus, geeignet sein, in der Arbeiterklasse Illusionen zu erwecken. Aber die raue Tatsache ihrer fortschreitenden Verelendung hämmert der Arbeiterklasse täglich ein, daß sie sich früher oder später zur Wehr setzen muß, wenn sie nicht untergehen will. Dem gebeugt die Bourgeoisie zurzukommen mit einer neuen Periode der schwarzen Reaktion. Dem gebeugt die Bourgeoisie stehen wir jetzt.

II. Auf dem Gebiete des Sports äußert sich die neue Tendenz des modernen Kapitalismus in dem vermehrten Bestreben der Trusts und Konzerne, eigene Sportvereine zu gründen. So bringt das für den Betriebssport hineingesteckte Kapital ebenfalls „Goldzinsen“. Zudem wird der Arbeiter auch in seiner Freizeit unter die Kontrolle des Betriebes gestellt.

III. Diese Entwicklung muß zu immer weiterer Bedürfnislosigkeit der Arbeiterschaft mit allen ihren schrecklichen sozialen Folgen führen. Die Zermürbung der mehr als Unterhaltungsstätten von Arbeitern — aus Mangel an finanziellen Mitteln — angelegenen Arbeiter-Sportorganisationen hat bereits begonnen. Der im Geschäftsbericht des Bundes zu Kassel beantragte Mitgliederrückgang des Bundes und die dazu gegebene Erklärung bestätigen das vollumfänglich. Verhätzt wird diese Bestätigung durch den Mitgliederrückgang der verschiedenen Vereine des Kreises.

IV. Diese Zergeraderung der Entwicklungstendenzen bedt den Mutterboden auf, der den Kern des streitfälligen Bundesvorstandes — Lieste in sich birgt. Wie auf politischem Gebiete die Arbeiterklasse sich gegen die Reaktion zur Wehr setzen muß, auf wirtschaftlichem Gebiete der Kampf noch nie aufgehört hat, so darf auch auf dem Gebiete der physischen Kultur nicht ruhig zugehört werden, bis die Arbeiter-Sportorganisationen am Boden liegen. Auf allen diesen Gebieten ist die Einheit der Arbeiterklasse angeht, die vor uns liegenden Periode der schwarzen Reaktion notwendiger denn je. Aber diese Einheit muß eine Einheit des Kampfes, nicht eine solche zur Verbreitung von die Interessen der Arbeiterklasse schädigenden Illusionen sein. Dafür kämpfen die Anhänger der K.S.Z. und auch der 1. Kreis durch Beschluß des Kreistages vom 18. März 1923.

V. Die Antwort des Bundesvorstandes war eine systematische Heke gegen die Anhänger der K.S.Z., Verhinderung der Aufklärungsmöglichkeit in der Bundespresse und soll jetzt durch den Ausschluß Liestes getönt werden. Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Problem K.S.Z.—K.S.Z. nur durch eine weitgehende, die Entwicklungstendenzen des modernen Kapitalismus beachtende Distinktion in der breiten Mitgliedschaft gelöst werden kann, in der Ermägung, daß das jetzt beliebte Vorgehen der Luzerner Führer eine ungeheure Gefahr für die Geschlossenheit der Arbeiter-Lern- und Sportbewegung im internationalen Maßstabe bedeutet, lehnt der Kreistag ab, den Kreisvorstand dadurch zu maßregeln, daß er zu dem Ausschluß des Kreisvertreter Lieste seine Zustimmung gibt. Der Kreistag lehnt es ab, sich zum Vorkrieg gegen die Rechte der Vereine herzugeben.

Der Kreistag fordert dagegen als einzig gangbaren Weg:

1. Nach den Beschlüssen des Bundestages in Kassel hat der Bundesvorstand sich gegen alle Bestrebungen zu wenden, Anhänger der K.S.Z. auszuschließen.
2. Hat der Bundesvorstand sein Verhalten gegenüber Organisationen, wie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, sowie gegen die von dem Bundesgenossen Bildung beliebte Streikweiße zu ändern. Beide stehen nicht im Einklang mit den Grundzügen des Bundes seit seiner Gründung.
3. Fordert der Kreistag die Einberufung eines außerordentlichen Bundestages, dem Kreistage vorherzugehen haben, auf welchen den Anhängern der K.S.Z. ein Korreferat zuzuhören ist. Eventuell hat dem außerordentlichen Bundestag eine Urabstimmung zu folgen.

Die Delegierten sind nach dem Kreistage neu zu wählen. Nur auf diesem Wege glaubt der Kreistag zu einer wirklichen Kampfeinheit im Bunde zu kommen und er beantragt deswegen den Kreisrat, sich mit den übrigen Kreisen zu einer Unerfüllung des Antrages in Verbindung zu setzen.

Es bleibt nur noch hinzuzufügen, daß der Kampf um die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen beginnen muß!

„Was sagen die Anhänger Liestes und die Verfasser der Resolutionen gegen den Bundesvorstand zu unseren hier niedergelegten Beweismaterial? So fragt Gellert auf Seite 12 des „Materials“. Wir eruchen einen jeden, unsere Ausführungen in den Lichterdrucksammlungen noch zu den heutigen hinzuzutun. Und wir fragen getroffen: Was sagt ihr zu dem unsrigen?“